

**Politik & Position**

FiP! Frauen in  
die Parlamente

**Praxis & Recht**

Biotopverbund –  
Netzwerk des Lebens

**Zu guter Letzt**

Hans-Peter Mayer  
im Podcast

N° 6—25

# BAYERISCHE GEMEINDE



Mitgliederzeitschrift

Juni 2025



**Im Fokus**

Kommunalkongress in Berlin:  
Starke Kommunen möglich  
machen!



**BAYERISCHER  
GEMEINDETAG**



Verband kreisangehöriger Städte,  
Märkte und Gemeinden  
#GemeinsamfürstarkeGemeinden



- 307 Editorial
- 308 Quintessenz
- 310 In eigener Sache  
Die KOMMUNALE 2025 wächst

Politik & Position

- 314 Doris Rosenkranz, Enya Bucher, Edmund Görtler  
Ehrenamt in der Gemeinde: Chancen und Grenzen  
aus Sicht der kommunal Verantwortlichen in Bayern
- 320 Bayerischer Landtag  
FiP! Frauen in die Parlamente

320



333



Praxis & Recht

- 329 Jennifer Hölzlwimmer,  
Arbeitskreis Geschäftsordnung
- 331 Thekla Pfefferle  
Ein Blick in die Zukunft –  
Landesverkehrsmodell Bayern
- 333 Landesamt für Umwelt  
Biotopverbund – Netzwerk des Lebens

Verband & Service

- 336 Die Menschen im Bayerischen Gemeindetag  
Maximilian Sertl
- 338 Unser Verband  
Aktuelles querbeet
- 345 Brüssel Kommunal
- 351 Pflichtlektüre  
Kommunalkongress:  
Starke Kommunen möglich machen

351



356



Zu guter Letzt

- 356 Warum die Kommunen unsere Hoffnung sind  
Hans-Peter Mayer im Podcast
- 357 Impressum





„Als Frau in der Politik braucht man gute Kondition, aber die Ziellinie ist alles wert, nämlich die Gleichstellung von Frauen in Parlamenten. Und dafür kämpfen wir alle gemeinsam.“

Ilse Aigner ————— Seite 320



## Starke Kommunen möglich machen!



Liebe Leserinnen und Leser,

rund 800 Teilnehmerinnen und Teilnehmer, überwiegend Oberbürgermeisterinnen und Oberbürgermeister sowie Bürgermeisterinnen und Bürgermeister, aus allen Teilen Deutschlands diskutieren gerade eben in Berlin zwei Tage lang gemeinsam mit Vertreterinnen und Vertretern der Bundespolitik, der Wissenschaft und der Wirtschaft über die zentralen Herausforderungen der Gegenwart und Zukunft. Der Deutsche Kommunalkongress stellt alle vier Jahre die wichtigste Zusammenkunft des Deutschen Städte- und Gemeindebundes dar. Auch unser Kanzler war zu Gast. Er sagte in seiner Rede etwas Bemerkenswertes. Ich zitiere:

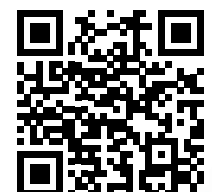
**„Wir werden dafür sorgen, dass die Fördermittel des Bundes wesentlich bürokratieärmer zugewiesen werden. Sie werden in Zukunft die Gelder einfacher und schneller von uns bekommen – und das vor allem mit dem Wissen, dass Sie vor Ort besser als wir entscheiden können, welche konkreten Projekte damit gefördert werden sollen.“**

Dem kann man natürlich nur zustimmen! Denn nach den beschlossenen Pakten kommt es nun darauf an, dass das Geld unbürokratisch, schnell und ohne Fesseln in unseren Städten, Märkten und Gemeinden ankommt! Im gesamtstaatlichen Interesse. Denn wer weiß besser, welches marode Bauwerk, welche sanierungsbedürftige Brücke oder welcher Investition vor Ort am schnellsten und notwendigsten in Angriff genommen werden sollte, als die örtliche Gemeinde.

Darum war das Motto des Kommunalkongresses auch klug gewählt: „Starke Kommunen möglich machen!“ Unbürokratisch und jetzt. Und die Formel dazu ist einfach: Liebe Politik, vertraut den Kommunen.

Herzlichst

  
Hans-Peter Mayer  
Geschäftsführendes Präsidialmitglied  
des Bayerischen Gemeindetags





# Wichtiges in Kürze

## **Ehrenamt in der Gemeinde. Chancen und Grenzen aus Sicht der kommunal Verantwortlichen in Bayern – eine Studie**

Ehrenamt in Vereinen und Verbänden findet vor Ort in den Kommunen statt. Ehrenamt ist vor Ort verankert – vor Ort leben die Ehrenamtlichen, vor Ort kommt die Hilfe und das Engagement an und vor Ort profitieren die Menschen von ehrenamtlichen Aktivitäten – u.a. bei Hochwasser, bei ehrenamtlich organisierten Festen, in der Nachbarschaftshilfe. Doch so stark das Engagement in den letzten Jahrzehnten vor Ort oft war, so stark ist es auch von gesellschaftlichen Veränderungen betroffen. Die Studienautoren der Technischen Hochschule Nürnberg wollten wissen: Wie blicken Bürgermeisterinnen und Bürgermeister auf diese Situation und die künftigen Herausforderungen? Es handelt sich um eine erste Pilotstudie, die zeigt, wie viel Bedarf hier an weiteren Erhebungen besteht.

**Sie finden die spannenden Ergebnisse auf**

**Seite 314**

## **FiP! Frauen in Parlamente. Der Plenarsaal voller begeisterter Frauen – beim 3. Kongress für politisch engagierte Frauen**

Vor den Kommunalwahlen im Frühjahr kommenden Jahres hatte Landtagspräsidentin Ilse Aigner am 22. März 2025 parteiübergreifend politisch interessierte Frauen aus ganz Bayern in den Landtag eingeladen. Ziel war es, ihnen Mut zu machen, zu kandidieren und die Teilhabe von Frauen in der bayerischen Politik zu stärken.

**Einen tollen Bericht dazu finden Sie auf**

**Seite 320**

## **Arbeitskreis am Bayerischen Gemeindetag nimmt die Arbeit auf**

Seit der Wahlperiode 2002 – 2008 stellt der Bayerische Gemeindetag eigene Geschäftsordnungsmuster auf der Grundlage der ehemaligen amtlichen Mustergeschäftsordnung des Bayerischen Staatsministeriums zur Verfügung. Diese werden selbstverständlich fortlaufend von der Geschäftsstelle aktualisiert. Gute Tradition ist es aber auch im Jahr vor Beginn einer neuen Wahlperiode diese Muster einem Generalcheck zu unterziehen.

**Einen kleinen Einblick in die Expertenrunde bekommen Sie auf**

**Seite 329**

## **Biotopverbund Netzwerk des Lebens**

Wie wir Menschen brauchen auch Tiere und Pflanzen Platz zum Leben, eine grüne Infrastruktur – den Biotopverbund. Das sind Landschaften mit verschiedenen Lebensräumen: ineinander übergehende Hecken, Bäche, Moore, extensive Wiesen und Weiden, kräuterreiche Säume entlang von Wegen. Mit Hilfe dieses Netzes können sich Tiere und Pflanzen von einer naturnahen Fläche in andere Regionen ausbreiten. Damit ist der Biotopverbund ein weitläufiges Netzwerk, ausgehend von Kernflächen wie Naturschutzgebieten, Nationalparks oder Natura-2000-Gebieten. Diese sind über Verbindungsflächen wie extensive Wiesen miteinander verbunden.

**Das LfU hat uns zu dieser Thematik einen anschaulichen und informativen Bericht geschrieben. Sie finden ihn auf**

**Seite 333**

## **Schließlich:**

**Erfahren Sie mehr über unseren Kollegen Maximilian Sertl auf**

**Seite 336**

Viel Freude beim Lesen,  
Informieren und Schmökern!

Ihre  
Bayerische-Gemeinde-Redaktion





## Die KOMMUNALE 2025 wächst Neu: Die Messehalle 10.0

Der Bayerische Gemeindetag freut sich auf  
Ihren Besuch auf seinem **Stand 453** in Halle 9



Die KOMMUNALE machte 1999 ihren Anfang – von Beginn an gemeinschaftsorientiert. Die Idee dahinter: Eine Fachmesse zu schaffen, die speziell den Bedürfnissen von Kommunen dient und sie als Gemeinschaft zusammenbringt. Mit damals noch 125 Ausstellern, dennoch aber schon ein paar Tausend Besuchern war die erste Ausgabe der KOMMUNALE ein so großer Erfolg, der die immense Bedeutung eines solchen Treffpunkts untermalte.

Auf der KOMMUNALE 2023 waren 420 Ausstellern aus acht Ländern mit ihren Produkten und Trends rund um den kommunalen Bedarf für unsere Besucher vor Ort. Auf Grund der großen Nachfrage im Ausstellerbereich hatte sich 2023 bereits abgezeichnet, dass die Ausstellungsfläche wachsen muss. Die Nachfrage nach Standflächen hat nun alle Erwartungen übertroffen. Eine zusätzliche Messehalle muss und darf geöffnet werden!

SIE, unsere Besucherinnen und Besucher bekommen am 22. und 23. Oktober 2025 erstmalig die Gelegenheit, die „neue“ Halle 10.0 mit ihren Ausstellern zu erleben. Sie finden hier Aussteller mit den Schwerpunktthemen Klima- und Umweltschutz, Nachhaltigkeit, Energie, Wasserversorgung, Entsorgung und Verwertung.

Wir haben nun mit unseren drei Messehallen die größte Fachmesse Deutschlands, die speziell den Bedürfnissen von Kommunen dient und sie als Gemeinschaft zusammenbringt.

Registrieren Sie sich bereits jetzt:  
[https://www.messe-ticket.de/Nuernberg\\_SHOP/KOMMUNALE2025/Register](https://www.messe-ticket.de/Nuernberg_SHOP/KOMMUNALE2025/Register)



Bei der Eingabe in der Anmeldemaske  
geben Sie bitte folgenden Code für Ihr  
kostenfreies Ticket ein: **KOM25BayGT**

Ihr Bayerischer Gemeindetag

Weitere Informationen erwünscht?



[kommunale.de](https://kommunale.de)

**NÜRNBERG  
KOMMUNALE**  
BUNDESWEITE FACHMESSE UND KONGRESS

**N-ERGIE**

**NürnbergMesse**  
**22.–23. Oktober 2025**  
Kommunale Bedarfe auf den Punkt gebracht.



KOMMUNALE.de

 [KOMMUNALE.de/linkedin](https://www.kommunale.de/linkedin)  
#KOMMunity

In Zusammenarbeit mit:



## Ehrenamt



Seite 313



Ehrenamt in der Gemeinde:  
Chancen und Grenzen aus Sicht der  
kommunal Verantwortlichen in Bayern  
Doris Rosenkranz, Enya Buchner,  
Edmund Görtler



## 1. Ausgangslage

Ehrenamt in Vereinen und Verbänden findet vor Ort in den Kommunen statt. Ehrenamt ist vor Ort verankert – vor Ort leben die Ehrenamtlichen, vor Ort kommt die Hilfe und das Engagement an und vor Ort profitieren die Menschen von ehrenamtlichen Aktivitäten – u.a. bei Hochwasser, bei ehrenamtlich organisierten Festen, in der Nachbarschaftshilfe.

Doch so stark das Engagement in den letzten Jahrzehnten vor Ort oft war, so stark ist es auch von gesellschaftlichen Veränderungen betroffen. Wenn mehr Menschen zwischen Wohn- und Arbeitsort pendeln, bleibt z. B. für die Einzelnen oft weniger Zeit für ein Ehrenamt. Und auch die Demografie wirkt sich aus: So hängt die Zahl der Ehrenamtlichen stark von der Struktur der Bevölkerung in der Region ab – und wird sich damit in Zukunft bereits jetzt absehbar verändern. Wenn die geburtenstarken Jahrgänge ins hohe Alter kommen, wird z. B. der Bedarf an alltagsnahen Dienstleistungen deutlich zunehmen (Einkaufshilfen, Hilfe bei Transport, Verkehrsinfrastruktur etc.). Gleichzeitig führt der Geburtenrückgang der letzten Jahrzehnte dazu, dass es immer weniger jüngere Personen gibt, die sich potenziell engagieren. Ein Beispiel verdeutlicht dies: die ´Schere´ zwischen dem ´Bedarf´ an ehrenamtlichen Engagement und dem Potenzial an Ehrenamtlichen wird künftig auseinandergehen, für die Freiwilligen Feuerwehren in Bayern etwa zeigen Berechnungen ein Defizit an Engagierten: Jede dritte Funktion als Aktive und als Aktiver bei den Freiwilligen Feuerwehren wird in 15 Jahren nicht mehr besetzt sein (Rosenkranz et al. 2025: 65).

Die bislang vorliegenden Studien zeigen, dass Menschen zwar unterschiedliche Motive haben, ein Ehrenamt auszuüben. Gemeinsames Merkmal ist jedoch, dass sich Ehrenamt nicht verordnen lässt, nicht einfordern lässt. Wer Engagement erhalten oder fördern will, kann gute Rahmenbedingungen anbieten und so das Engagement stärken. Das Land Bayern hat durch die Bereitstellung von Infrastruktur etwa zu Beratung umfangreiche Strukturen gefördert (Rosenkranz et al. 2025: 38ff.65).

Doch vor allem vor Ort entstehen die Fragen zum Ehrenamt, die beantwortet werden müssen, damit Ehrenamt

weiterhin lokale Beiträge bringt. Daher ist die Förderung von Ehrenamt und die Förderung von Freiwilligenmanagement auch eine zentrale Aufgabe für die Verantwortlichen in den großen und kleinen Kommunen in Bayern.

Und klar ist auch: Trotz der hohen Bedeutung des Ehrenamts für die Lebensqualität vor Ort ist die Förderung des Engagements eine freiwillige Leistung der Gemeinden und Kommunen.

Wir wollen daher wissen: Wie blicken Bürgermeisterinnen und Bürgermeister auf diese Situation und die künftigen Herausforderungen? Es handelt sich um eine erste Pilotstudie, die zeigt, wie viel Bedarf hier an weiteren Erhebungen besteht.

Im Folgenden werden Ergebnisse einer Situationsanalyse zur Frage beschrieben, was Kommunen aus Sicht der Verantwortlichen konkret für das Ehrenamt vor Ort und damit auch für die Soziale Daseinsvorsorge ihrer Bürgerinnen und Bürger leisten (können). Wo liegen die Chancen und Grenzen aus Sicht der Personen, die in den kommunalen Gremien verantwortlich sind und (mit-)entscheiden? Wo sind Handlungs- und Unterstützungsbedarfe?

## 2. Ziele und Methode des Forschungsprojekts

Die Gemeinden sind vom demografischen Wandel regional unterschiedlich stark betroffen, und sie stellen sich dieser Zukunftsaufgabe in Bezug auf das Ehrenamt auch in unterschiedlicher Weise. Die Bedeutung des Ehrenamts für die Gemeinde ist jedoch unbestritten. Häufig ist das Ehrenamt vor Ort essenziell wichtig, z. B. wenn die Freiwilligen Feuerwehren zur Daseinsvorsorge beitragen oder wenn lokale Sportvereine ein Ort der Begegnung der Generationen und Kulturen sind. Um die Bandbreite der Einstellungen und Möglichkeiten in den Gemeinden Bayerns abzubilden, sollten die Protagonisten des ehrenamtlichen Engagements in den Gemeinden, die Bürgermeisterinnen und Bürgermeister, zu Wort kommen.

Zur Teilnahme an einer Online-Befragung wurden alle 2054 Bürgermeisterinnen und Bürgermeister in Bayern per E-Mail über die Zielsetzung informiert und gebeten, einige Fragen zu beantworten. Die Teilnahme an der Befragung konnte zwischen dem 24. September und dem 15. Oktober 2024 erfolgen. Die kommunalen Vertreterinnen und Vertreter von 331 Gemeinden füllten den Fragebogen aus.

Die Fragen umfassten verschiedene Bereiche der ehrenamtlichen Aktivitäten in den Gemeinden. Zum aktuellen Stand wurde z. B. gefragt, was in der Gemeinde so gut läuft, dass es für andere empfehlenswert wäre. Weitere Fragen betrafen die zukünftige Entwicklung des Ehrenamtes in der Gemeinde. So standen zukünftige Zielgruppen ehrenamtlicher Aktivitäten in der Gemeinde oder notwendige Bedingungen im Fokus, neben einigen Fragen zum Ehrenamt in der Bevölkerung und Strukturen des Ehrenamtes in der Gemeinde. Die Bitte um eine Einschätzung zu den drängendsten Fragen der Zukunft des Ehrenamtes in den Kommunen stand am Ende der Befragung.

## 3. Zentrale Ergebnisse der Studie

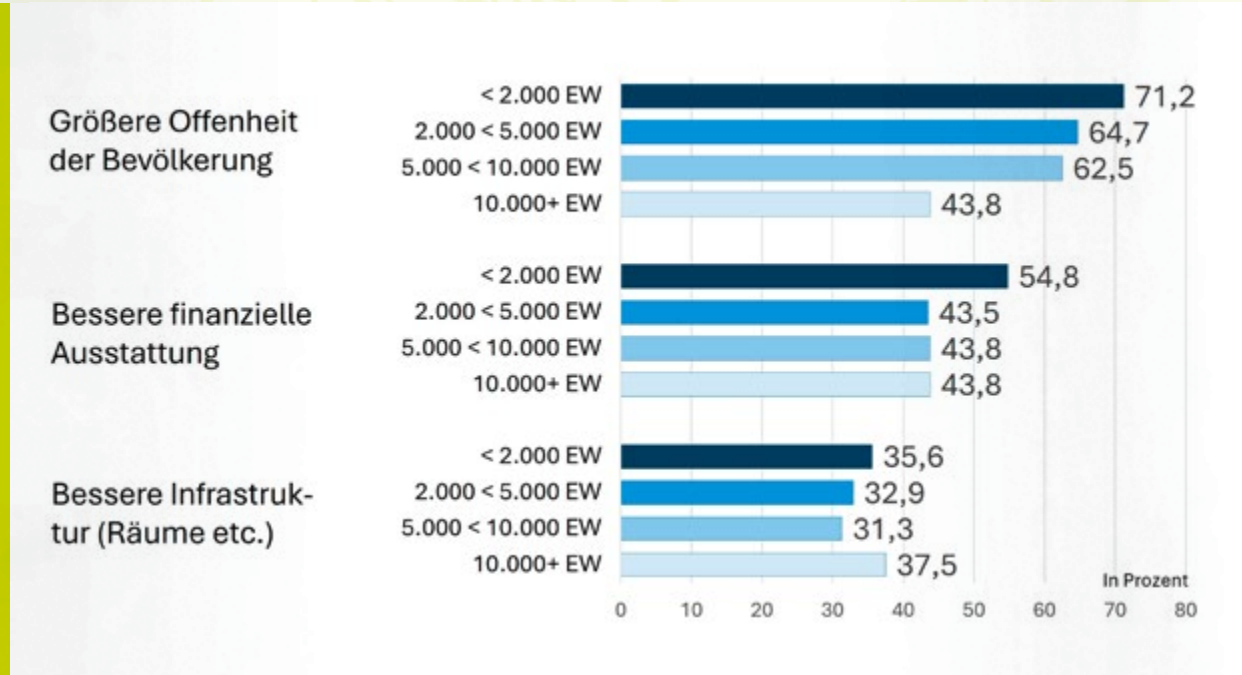
Im Folgenden werden die Ergebnisse der Befragung kurz dargestellt:

- Am häufigsten bringen die Bürgermeisterinnen und Bürgermeister das Ehrenamt mit den Begriffen „Gemeinschaft“ (34 Prozent, Mehrfachnennungen möglich), „unverzichtbar“ (31 Prozent) und „Gemeinwohl“ (31 Prozent) in Verbindung. Genannt wurden zudem weitere positive Begriffe, wie z. B. „engagiert“ oder „Vielfalt“, aber auch kritische Begriffe, wie z. B. „überaltert“, „rückgängig“ oder „zeitaufwändig“.
- Um die Rolle der Bevölkerung im Ehrenamt zu beschreiben, wurden mehrere Aussagen formuliert und die kommunal Verantwortlichen um ihre Einschätzung gebeten. 95 Prozent stimmten der Aussage zu, dass das Ehrenamt die Lebensqualität der Bürgerinnen und Bürger verbessert. Aber auch der Einschätzung, dass die Beschäftigung mit dem Ehrenamt in Zukunft immer wichtiger werden wird, stimmten 92 Prozent zu. Die geringste Zustimmung mit knapp 15 Prozent zeigt sich bei der Einschätzung, dass Neu-

Hinzugezogene in ihrer Gemeinde eine große Rolle beim Ehrenamt spielen.

- Zur Struktur des Ehrenamtes in der Gemeinde wurden ebenfalls Aussagen formuliert. Die größte Zustimmung zeigt sich bei der Aussage, dass das Ehrenamt durch die Gemeinde genügend Anerkennung und Wertschätzung erfährt (87 Prozent). Auch bei der Aussage, dass das Ehrenamt die Gemeinde zukunftsfähig macht, gab es mit 82 Prozent einen hohen Zustimmungsanteil. Die geringste Zustimmung mit 8 Prozent gaben die Bürgermeisterinnen und Bürgermeister bei der Aussage an, dass das Ehrenamt in der Gemeinde bei der Ansiedelung von Unternehmen eine Rolle spielt (28 Prozent stimmten dieser Aussage gar nicht zu).
- Eine größere Offenheit der Bevölkerung wurde am häufigsten angegeben bei der Frage, was es bräuchte, um das Ehrenamt in der Gemeinde zu erhalten und auszubauen (60 Prozent). Eine bessere finanzielle Ausstattung bräuchten 45 Prozent, bessere Infrastruktur (32 Prozent), Vernetzungsmöglichkeiten (29 Prozent), mehr Informationen zur Gewinnung von Ehrenamtlichen (27 Prozent) und eine zentrale Anlaufstelle für das Ehrenamt (21 Prozent) sind weitere Forderungen. Mehr Beratung wünschen sich lediglich knapp 9 Prozent.
- Verantwortliche kleiner Gemeinden bis 2.000 Einwohnerinnen und Einwohner sind der Meinung, dass es eine bessere finanzielle Ausstattung bräuchte (55 Prozent, alle anderen Gemeindegrößenklassen 44 Prozent). Tendenziell bessere Infrastruktur (Räume etc.) bräuchte es insbesondere in Gemeinden ab 10.000 Einwohnerinnen und Einwohner für den Erhalt und den Ausbau des Ehrenamtes. Die Bürgermeisterinnen und Bürgermeister der Gemeinden ab 10.000 Einwohnerinnen und Einwohner bräuchten ihrer Meinung nach auch mehr Informationen zur Gewinnung von Ehrenamtlichen (44 Prozent, alle anderen Gemeindegrößenklassen zwischen 24 und 29 Prozent) sowie mehr Vernetzungsmöglichkeiten (44 Prozent, alle anderen Gemeindegrößenklassen zwischen 27 und 29 Prozent). Tendenziell häufiger wird in den größeren Gemeinden auch eine zentrale Anlaufstelle für Ehrenamtliche benötigt.





Was bräuchte es, um das Ehrenamt in Ihrer Gemeinde zu erhalten und auszubauen?

- Als Zielgruppen, die in der Gemeinde in Zukunft stärker gewonnen werden sollten, geben die Bürgermeisterinnen und Bürgermeister vorwiegend Jugendliche und junge Erwachsene an (57 Prozent). Mit großem Abstand folgen Neubürgerinnen und Neubürger (22 Prozent) sowie Seniorinnen und Senioren (21 Prozent). Weniger als 10 Prozent sehen die mittlere Altersgruppe von 25 bis unter 55 Jahren als künftig verstärkte Zielgruppe an, ebenso wie Familien (7 Prozent) oder Menschen mit Migrationshintergrund (5 Prozent).
- Die drängendsten Fragen für die Zukunft des Ehrenamtes in ihrer Gemeinde sehen die Bürgermeisterinnen und Bürgermeister im Abbau von Bürokratie, der Anerkennung und Wertschätzung, der Aufrechterhaltung des Vereinslebens, der Besetzung von Führungspositionen, der Bewältigung des demografischen Wandels, in finanziellen Spielräumen, geringerer zeitlicher Belastung, der Integration von Personen mit Migrationshintergrund, in Jugend- und Seniorenförderung, in der Nachwuchs- und Mitgliederwerbung, in der Notwendigkeit von Räumlichkeiten für Treffs und Gemeindegarbeit, im Sicherstellen der Daseinsvor-

- sorge, der Work-Life-Balance und im Zusammenhalt in der Gemeinde.
- Kaum eine Bürgermeisterin bzw. ein Bürgermeister erwartet, dass die Bereitschaft zur Ausübung eines Ehrenamtes in den nächsten fünf Jahren sehr viel größer oder etwas größer sein wird (2,5 Prozent). 39 Prozent sehen eine gleich hohe Bereitschaft und 59 Prozent meinen, dass die Bereitschaft in fünf Jahren geringer sein wird, 47 Prozent davon etwas geringer und 12 Prozent sehr viel geringer.
- Zum Abschluss der Befragung konnten die Bürgermeisterinnen und Bürgermeister angeben, was bei ihnen in der Gemeinde im Bereich Ehrenamt so gut läuft, dass sie es anderen Gemeinden empfehlen möchten. Die Bandbreite der guten Beispiele umfasst Äußerungen zum Miteinander in der Gemeinde und den Orts- teilen, zum Umgang der Vereine mit der Gemeinde und untereinander, gegenseitigen Respekt, Einladungen der Ehrenamtlichen zu Festen der Gemeinde, Unterstützung der Vereine, Netzwerke, Preise und Auszeichnungen, u.v.m., wie die folgende Tabelle zeigt:



- A. „Bei Unterstützungsbedarf geeignete Personen gezielt ansprechen.“
- B. „Bemühungen um Nachwuchs, viele tolle Einzelaktionen, Fokus auf Kinder, z. B. Aufstellen von „kleinen Kirchweihbäumen durch Kinder“, Kindergruppen in Feuerwehr.“
- C. „Der alljährliche stattfindende Neujahrsempfang für ehrenamtlich tätige Personen, wird sehr gut angenommen und trägt zur Motivation für das Ehrenamt bei.“
- D. „Ehrenamtsempfang, kurze Dienstwege ins Bürgermeisterbüro.“
- E. „Man muss räumliche Kapazitäten schaffen, damit sich Ehrenamt entfalten kann.“
- F. „Mitmachgemeinde; die Bürgerinnen und Bürger dürfen ihre Ideen selbst einbringen und umsetzen mit einer finanziellen Unterstützung der Gemeinde.“
- G. „Selbstverwaltung, die Vereine eigenverantwortlich handeln lassen, nicht von Seiten der Gemeinde bürokratische Hindernisse aufbauen.“
- H. „Seniorenbetreuung anbieten.“
- I. „Unterstützung durch Förderung über Anschubfinanzierung, die relativ frei ist, damit die Projekte zu Ihren Projekten werden. Dadurch wird eine längere Bindung aller Ehrenamtler erreicht.“
- J. „Vereinsring mit den Terminabstimmungen, Zusammenhalt und untereinander Hilfe der Vereine.“
- K. „Wertschätzung der Ehrenamtlichen durch Präsenz des Ersten Bürgermeisters bei den Versammlungen und Veranstaltungen.“
- L. „Wir haben Menschen einen Raum und Lobby gegeben, die sich außerhalb der Vereine und von Pflichtaufgaben (Elternbeirat, Verkehrshelfer) engagieren wollen.“



## 4. Ausblick

Die Ergebnisse des Projekts zeigen die hohe Sensibilität für die Bedeutung des Ehrenamts in den Gemeinden. Ehrenamtliches Engagement ist ein kostbares Gut – und das sieht die Mehrheit der Befragten in den Kommunen genauso. Gleichzeitig zeigen die Ergebnisse der Pilotstudie aber auch, dass ein starkes Bewusstsein bei den Verantwortlichen in den Gemeinden notwendig ist, dass sich Engagement wandelt, immer neu gedacht und angepasst werden muss – dass es im Idealfall Personen braucht, die sich kümmern und organisieren und gemeinsam mit anderen das Ehrenamt lebendig gestalten. So betreffen viele kommende Themen die Baby-Boomer-Generation, z. B. der Übergang in den Ruhestand und das damit verbundene zeitliche Potenzial für ehrenamtliche Tätigkeiten in der Gemeinde. Auch kann durch die Schaffung oder Stärkung von Nachbarschaftshilfen und Seniorengenossenschaften der Bedarf an Unterstützung im Alter zu einem längeren Verbleib in der Gemeinde und in den eigenen vier Wänden führen. Darüber hinaus gilt es, die Kinder, Jugendlichen und jungen Erwachsenen durch geeignete, innovative Ansätze (noch) stärker in die ehrenamtlichen Strukturen einzubinden, z. B. in Sportvereinen oder bei den Freiwilligen Feuerwehren. Nur so wird die Basis für eine lebendige Gemeinschaft und Sicherung der Daseinsvorsorge vor Ort auch in Zukunft sichergestellt. Die vorliegenden Ergebnisse zeigen jedoch auch, wie viel Bedarf an Beratung und Begleitung vor Ort zum Thema Ehrenamt vorhanden ist.

## 5. Literatur

- Christner, A., Würz, S., & Vandamme, R. (2007). Ein neuer Welfare-Mix in der Lokalen Daseinsvorsorge. Freiwilliges Engagement fördern: Ein neues Aufgabenprofil für kommunale Fachkräfte. *Forschungsjournal Soziale Bewegungen*, 20(2), 153–160.
- Fromm, S., & Rosenkranz, D. (2019). Unterstützung in der Nachbarschaft. Struktur und Potenzial für gesellschaftliche Kohäsion. Springer VS.
- Glaser, U. (2012). Engagementförderung und Freiwilligenmanagement im kommunalen Aufgabenfeld. In D. Rosenkranz & A. Weber (Hrsg.),

Freiwilligenarbeit. Einführung in das Management von Ehrenamtlichen in der Sozialen Arbeit (2. Aufl., S. 191–213). Beltz Juventa.

- Helling, B., & Görtler, E. (2021). Daseinsvorsorge und demographischer Wandel im kommunalen Miteinander. *Blätter der Wohlfahrtspflege*, 168(6), 223–226. <https://doi.org/10.5771/0340-8574-2021-6-223>
- Herbst, M., Dünkel, F., & Stahl, B. (Hrsg.). (2016). Daseinsvorsorge und Gemeinwesen im ländlichen Raum. Springer VS. <https://doi.org/10.1007/978-3-658-11769-6>
- Rosenkranz, D., Görtler, E., & Buchner, E. (2025). Wer löscht morgen? Engagement und Freiwillige Feuerwehr. Optionen des strategischen Freiwilligenmanagements. Beltz Juventa..
- Rosenkranz, D., Görtler, E., & Buchner, E. (2024). Pilotstudie Freiwilligenmanagement. Sonderdruck-Schriftenreihe der Technischen Hochschule Nürnberg.
- Rosenkranz, D., Görtler, E., & Limbeck, B. (2014). Woher kommen künftig die Freiwilligen? Engagementplanung als Zukunftsaufgabe für Kommunen und Verbände. Beltz Juventa.

### Weitere Informationen erwünscht?

- ① Technische Hochschule Nürnberg
- 👤 Edmund Görtler
- @ [edmund.goertler@th-nuernberg.de](mailto:edmund.goertler@th-nuernberg.de)

**Text** — Doris Rosenkranz, Enya Buchner, Edmund Görtler

# Frauen in der Politik



## FiP! Frauen in die Parlamente Der Plenarsaal voller begeisterter Frauen – beim 3. Kongress für politisch engagierte Frauen

**Vor den Kommunalwahlen im Frühjahr kommenden Jahres hatte Landtagspräsidentin Ilse Aigner am 22. März 2025 parteiübergreifend politisch interessierte Frauen aus ganz Bayern in den Landtag eingeladen. Ziel war es, ihnen Mut zu machen, zu kandidieren und die Teilhabe von Frauen in der bayerischen Politik zu stärken.**

Die Resonanz auf die Einladung war groß: Der Plenarsaal des Landtags war nicht nur bis auf den letzten Platz besetzt, sondern auch sehr viel bunter als sonst. Von gelb über grün bis pink leuchtet die Kleidung der Teilnehmerinnen – und das freute die Landtagspräsidentin, der dieser Kongress „FiP! Frauen in Parlamente“ ein Herzensanliegen ist. „Zu wenige weibliche Stimmen in den Gremien sind schlecht, weil die weibliche Stimme nicht gehört wird. Und deswegen müssen wir daran arbeiten“, sagte Aigner zur Begrüßung der mehr als 300 Frauen im Plenum des Landtags.

# FiP! Frauen in die Parlamente



## Ilse Aigner: Beim Frauenanteil „deutlich Luft nach oben“

Die Präsidentin gab zu, dass es auch Rückschritte gegeben habe. Im Bayerischen Landtag sind nur 24,6 Prozent der Abgeordneten Frauen. Damit ist der Freistaat im Ländervergleich das Schlusslicht. Auch im neuen Bundestag ist der Frauenanteil mit 32,4 Prozent sogar erstmals gesunken, um 2,4 Prozentpunkte. Auch auf Bundesebene sind weniger Frauen im Parlament als in vielen anderen europäischen Staaten. Den Zahlen des Statistischen Bundesamts zufolge sieht es zudem auf kommunaler Ebene und in den Länderparlamenten nicht viel anders aus. Der Frauenanteil liegt knapp unter einem Drittel. „Wir haben zehn Prozent Bürgermeisterinnen“, erklärte die Landtagspräsidentin mit Blick auf Bayern. „Da haben wir noch deutlich Luft nach oben.“

## Die Landtagspräsidentin zeigt sich kämpferisch

Dass mehr möglich sei, zeige der Blick auf „leuchtende Beispiele“ wie Angela Merkel als langjährige Bundeskanzlerin oder Ursula von der Leyen als wiedergewählte EU-Kommissionspräsidentin. Heftigen Applaus erhielt Aigner nach der Schilderung ihrer eigenen politischen Lebenserfahrung: „Das ist kein Sprint. Das ist ein echt ziemlich langer Marathonlauf. Man braucht gute Kondition und man muss einige Strapazen auf sich nehmen, aber die Ziellinie ist alles wert, nämlich die Gleichstellung von Frauen in Parlamenten. Und dafür kämpfen wir alle gemeinsam.“ Der dritte FiP-Kongress solle Frauen ermutigen, sich einzumischen, wenn am 8. März 2026 – bezeichnenderweise am Weltfrauentag – die Vertretungen in den Städten, Gemeinden und Landkreisen neu gewählt werden.

Bildnachweis: © Bayerischer Landtag/Matthias Balk



## Mehr Selbstbewusstsein zeigen

Mit Verweis auf die gute Ausbildung und die Bildungsabschlüsse von Frauen sowie ihre starke Vertretung im Ehrenamt, appellierte die Landtagspräsidentin an die Teilnehmerinnen, keine falsche Bescheidenheit, sondern Selbstbewusstsein zu zeigen. Sie räumte aber auch ein, dass der Ton rauer geworden sei. Einer Studie von HateAid und der TU München zufolge wurde 63 Prozent der politisch aktiven Frauen in den sozialen Medien Gewalt angedroht. Beleidigungen oder auch Angriffe auf Politikerinnen zum Beispiel am Infostand im Wahlkampf müssten konsequent strafrechtlich verfolgt werden, sagte Aigner. Auch ihr sei es anfangs schwergefallen, sich ein dickes Fell zuzulegen – aber meist richte sich die Kritik gegen das Amt, nicht gegen die Person, so die Präsidentin.

Bildnachweis: © Bayerischer Landtag/Matthias Balk

## Profitieren von Tipps und Tricks

Wenn man aber im Amt sei, gebe es viele Möglichkeiten, das Lebensumfeld zu gestalten. Aigner erinnerte sich an ihr Engagement in der Kommunalpolitik: „Für mich war das eine große Bereicherung. Meine Motivation war, für die Jugend etwas zu tun. Das hat mir auch ganz viel persönlich gebracht, dass man mit Engagement Dinge verändern und voranbringen kann. Das ist erfüllend für das eigene Leben.“ Aigners Appell an die Teilnehmerinnen: Den Kongress zu nutzen, um sich zu vernetzen und auszutauschen sowie von den Tipps und Erfahrungen der anwesenden Kommunalpolitikerinnen zu profitieren.





## Die Initiative „Bavaria ruft!“ ist inspiriert von „Helvetia ruft!“

Auch eine neue Initiative namens „Bavaria ruft!“ soll mehr Frauen für Politik begeistern – eine gedankliche Anleihe bei den Schweizer Nachbarinnen. Mit der Initiative „Helvetia ruft!“ hat die Ständerätin Maya Graf dazu beigetragen, dass mehr Frauen im Schweizer Nationalrat sitzen. Graf, die auch Co-Präsidentin des größten schweizerischen Frauendachverbandes alliance f ist, der rund 400.000 Frauen vertritt, berichtete von ihrer Erfolgsgeschichte mit der Kampagne „Helvetia ruft!“. Die überparteiliche Bewegung ist 2019 entstanden. In diesem Jahr gelang es, auch angesprochen durch die MeToo-Debatte, den Frauenanteil im Nationalrat von 33 Prozent auf 42 Prozent zu erhöhen. Auch wenn bei den Nationalrats-Wahlen 2023 der Anteil weiblicher Abgeordneter auf 38,5 Prozent gefallen ist, versicherte Graf: „Die Frauen sind gekommen, um zu bleiben.“ Große Heiterkeit im Publikum verursachten die Worte von Graf, wonach noch 2008 mehr Männer mit Vornamen Hans Gesetze in der Schweiz beschlossen hatten als insgesamt Frauen an der Gesetzgebung beteiligt waren.

## Tipp: Öffentlichen Druck aufbauen

Mit einem Drei-Punkte-Plan hat „Helvetia ruft!“ überparteilich die Frauenförderung vorangebracht. Zunächst ging es darum, die Parteien dazu zu bewegen, den Frauen einen guten Listenplatz einzuräumen. Dazu hatte die Initiative eine Analyse der Nominierungen veröffentlicht, wo und wie viele Frauen auf der Liste zu finden sind – ein Wettbewerb, der zum Selbstläufer wurde. Zudem hatte die Kampagne eine Wette mit einer großen Schweizer Tageszeitung abgeschlossen und Mentoring-Selbstverpflichtungen der jeweiligen Parteien dokumentiert. Schließlich gab es Schulungen für interessierte Frauen beispielsweise zum Umgang mit sozialen Medien und auch Hate Speech. „Es ist extrem wichtig, gerade in dieser Zeit, unsere Demokratie zu stärken“, so Graf. „Das können wir nur, wenn die Hälfte der Bevölkerung genau gleich überall vertreten ist und ihre Machtansprüche geltend macht.“

Bildnachweis: © Bayerischer Landtag/Matthias Balk

## Mangelnde Teilhabe ist historisches Relikt

Was können wir verändern, wenn wir uns trauen und Hindernisse aus dem Weg räumen? Mit dieser Frage beschäftigte sich Franziska Rauchut von der Bundesstiftung Gleichstellung. Die Leiterin des Bereichs Wissen, Beratung und Innovation machte deutlich, dass die mangelnde Teilhabe von Frauen an der Politik ein historisches Relikt ist. Seit der Einführung des Frauenwahlrechts in Deutschland 1919 gab es in keinem Parlament eine Vertretung von Frauen und Männern zu gleichen Anteilen. Bis in die frühen 1980er Jahre lag der Frauenanteil im Bundestag bei weniger als zehn Prozent. Im internationalen Vergleich liegt Deutschland auf Platz 44 (Stichtag 1. Februar 2025), noch nach vielen europäischen Ländern. Weltweit an der Spitze sind Ruanda (63,8 %), Kuba (55,7 %) und Nicaragua (55,0 %).

## „Wenn der Karren im Dreck steckt, dürfen Frauen ihn rausholen“

Zu den Ursachen sind nach Rauchuts Worten eindeutige Aussagen möglich. Strukturelle Hürden gebe es bei der Besetzung aussichtsreicher Positionen. Frauen würden hier oft übergangen. Kulturelle Barrieren sieht Rauchut in innerparteilichen, männlich geprägten Strukturen,

die Frauen auf weibliche Themen reduzierten. Frauen werden demnach auch häufig dann aufgestellt, wenn ein Mandat als wenig aussichtsreich gilt. „Wenn der Karren im Dreck steckt, dann dürfen die Frauen ihn wieder rausholen“, so Rauchut. Soziale Ursachen wie Intrigen, Druck und familienunfreundliche Arbeitszeiten führten dazu, dass Frauen ein Amt ausschlagen, ebenso Angriffe und Gewaltandrohung.

## Veränderungen für Gleichberechtigung nötig

Stellschrauben sieht die Expertin in zahlreichen strukturellen Veränderungen: Überwindung des gender pay gap, keine Hinterzimmergespräche sowie familienfreundliche Sitzungszeiten. Ein kultureller Wandel hin zu aktiver Förderung von Frauen und rechtliche Regelungen wie Frauenquoten könnten Benachteiligungen überwinden. Ein wichtiges Thema sieht Rauchut zudem in der Bildung und Sensibilisierung. Traditionelle Rollenbilder müssten hinterfragt, Studien und Vernetzung zum Thema angeboten werden. „Die Hälfte der deutschen Bevölkerung ist weiblich. Wenn Frauen nicht gleichberechtigt vertreten sind, bleibt das Potential einer vielfältigen Demokratie ungenutzt“, sagte Rauchut. „Wenn Politik ungenau wird, werden die Menschen unzufrieden.“

Bildnachweis: © Bayerischer Landtag/Matthias Balk





## Vorbildfunktion von Frauen in Spitzenpositionen

Moderiert von der BR-Journalistin Ursula Heller beschäftigten sich sechs Frauen bei einer Podiumsdiskussion mit der Frage, wie moderne Gleichstellungsarbeit zu mehr Macht und Einfluss führen kann. Die Gleichstellungsarbeit sei nach wie vor unterbewertet und kaum wertgeschätzt, beschwerte sich Dr. Andrea Rothe vom Münchner Kreis der Gleichstellungsbeauftragten. Die Schweizer Ständerätin Maya Graf verwies auf ihre Beobachtung: „Wenn einmal Frauen in einflussreichen Positionen sind, dann zieht das andere Frauen nach.“ Deshalb sei es wichtig, dass Spitzenpositionen von Frauen besetzt werden.

Bei der CSU in Unterfranken sei die Parität recht gut erreicht, versicherte MdL Barbara Becker von den Christsozialen. Die Aufstellungsverfahren seien sehr transparent. Die Landtagsabgeordnete Simone Strohmayr (SPD) kritisierte dagegen die Gleichstellungspolitik in Bayern als Schnecke, die zudem rückwärts krieche. Strohmayr sprach sich für eine Frauenquote aus. Eine Forderung, der sich auch die Abgeordnete Julia Post (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) anschloss. Handlungsbedarf gebe es zudem bei der Gestaltung von Sitzungen, in denen häufig nur „gelabert“ werde. Für Hybridsitzungen, also sowohl die Teilnahme vor Ort als auch die digitale Teilnahme,

sprach sich die FREIE WÄHLER-Abgeordnete Marina Jakob aus. Und forderte zudem: „Frauen müssen Frauen wählen.“

## Workshops, um Hürden zu überwinden

In praxisorientierten Workshops beschäftigten sich die Teilnehmerinnen am Nachmittag mit Themen, die Barrieren und Hürden für ihre Teilhabe an der Politik bilden. Im Austausch mit erfahrenen Referentinnen und einem Referenten ging es um den souveränen Umgang mit Hate Speech und „blöden Sprüchen“, die Balance zwischen Beruf, Familie und Engagement in der Politik, Resilienz sowie strategischen Netzwerken und Gleichstellungsarbeit.

## Tipps und Tricks aus der Praxis

Mit einer „Roadmap Gegenwind“ wendeten die Teilnehmerinnen des Workshops „Beim Foul fängt der Spaß erst an“ von der Rhetorikerin Kia Böck Tipps und Kniffe an, wie Kommunikation auf Augenhöhe funktioniert: Kein „aber“ äußern, sondern das Gegenüber durch aktives Zuhören würdigen, ein „ja, genau“ erreichen und auf eine Blickrichtung kommen – so das Rezept der Coachin.

Bildnachweis: © Bayerischer Landtag/Matthias Balk



Im FIP!-Training „Was verdient man denn da?“ ging es entgegen der Programmunterschrift „Termine und trockene Fakten rund um Kommunalpolitik“ alles andere als verstaubt zu. Kathrin Alte, Erste Bürgermeisterin und Sprecherin der ARGE „Frauen führen Kommunen“ des Bayerischen Gemeindetags und Dr. Birgit Kreß, Erste Bürgermeisterin und Vizepräsidentin des Bayerischen Gemeindetags sowie unser Geschäftsführendes Präsidialmitglied Hans-Peter Mayer standen den Teilnehmerinnen Rede und Antwort: Die Fragen betrafen existenzielle Themenfelder wie Besoldung, Arbeitszeiten oder Versorgung. Die Informationen aus erster Hand stießen auf lebhaftes Interesse.

Das Training der Psychologin Barbara Eggers „Aufstehen, Krone richten, weiter kandidieren“ stärkte die Widerstandskraft und sorgte für die Fähigkeit, sich das von der Landtagspräsidentin beschriebene „dicke Fell“ zuzulegen. Der Trick: sich auf einen „Anker“ als Kraftquelle, auf das Thema, das einen bewegt, besinnen.

Um praktische Hinweise und Erfahrungen wie Kinderbetreuung ging es im Workshop „Da habe ich schon was vor“ von Cécile Weidhofer, Direktorin der Europäischen Akademie für Frauen in Politik und Wirtschaft Berlin. Strategien zum Umgang mit Online-Beleidigungen lieferten David Beck, Beauftragter der bayerischen Justiz zur strafrechtlichen Bekämpfung von Hate Speech und die Professorin Hannah Schmid-Petri, Inhaberin des Lehrstuhls für Wissenschaftskommunikation Universität Passau mit dem Training „Wir sind stärker als der Hass!“

Von ihren persönlichen Karrierewegen und Erfolgen aber auch von Rückschlägen berichteten abschließend erfolgreiche Frauen aus der Kommunalpolitik in einem Podiumsgespräch – in der Hoffnung, dass es ihnen spätestens bei den Kommunalwahlen im kommenden Jahr möglichst viele Frauen gleichtun werden.

## Weitere Informationen erwünscht?

- ① **Bayerischer Landtag**
- 📍 **Caroline Kubon**
- ☎ **Tel. 089 4126-234**
- ✉ **caroline.kubon@bayern.landtag.de**
- 🌐 **bayern.landtag.de**

Text — Miriam Zerbel, Expertin



### Von Kommunen für Kommunen. Für die Zukunft.

- Weniger Aufwand, mehr Übersicht: Die praxisnahe Software mit durchdachten Zusatzfunktionen erhöht die **Effizienz** Ihrer Verwaltung.
- Immer aktuell und inklusive: Das Rats- und Bürgerinformationssystem leistet für Sie den **digitalen Informationsaustausch**.
- Start frei für Neues: Dank einfacher Installation und umfassender Betreuung können Sie **innerhalb kürzester Zeit** loslegen.
- Schwarz auf weiß: An Ihrer bestehenden IT-Infrastruktur muss nichts geändert werden, die Kosten sind dadurch **klar kalkulierbar**.

#### Online-Präsentation:

Sie kennen KOMMUNE-AKTIV noch nicht?  
Rufen Sie uns an, wir stellen Ihnen die  
Software gerne näher vor -  
**Tel. 09352 500995-0**

multi-INTER-media GmbH - KOMMUNE-AKTIV  
Lohr a.Main, Tel. 09352 500995-0  
info@kommune-aktiv.de www.kommune-aktiv.de

## Kommune-Aktiv: Struktur und Effizienz im Sitzungsdienst

### Die intuitive Software, die den Arbeitsalltag erleichtert

Lohr am Main, Juni 2025

Ein reibungsloser Verwaltungsalltag beginnt mit der richtigen Software. KOMMUNE-AKTIV bietet Verwaltungen eine benutzerfreundliche, effiziente und praxisorientierte Lösung für den kompletten Bereich Sitzungsdienst – ideal für alle, die Arbeitsprozesse modernisieren und optimieren möchten. Die Software überzeugt durch eine klare

Struktur, intuitive Bedienung und durchdachte Funktionen, die Verwaltungsmitarbeitern echte Entlastung bringen und für reibungslose Abläufe sorgen.

Eine aktuelle Nutzerumfrage zeigt: Besonders die einfache Menüführung und die automatisierten Prozesse machen KOMMUNE-AKTIV zur bevorzugten Wahl für Städte, Gemeinden und öffentliche Institutionen. Dabei bleibt die Kostenstruktur transparent – keine versteckten Gebühren, keine teuren Erweiterungen. Auch ein Bürger- und Ratsinformationssystem ist im Komplettpaket enthal-

ten, das direkt vom Hersteller in Unterfranken bereitgestellt wird. Die persönliche Kundenbetreuung und der unkomplizierte Support runden das Gesamtpaket ab.

Geschäftsführer Jochen Goßmann erklärt: „Verwaltungen brauchen Lösungen, die ihren Arbeitsalltag wirklich erleichtern. Deshalb haben wir KOMMUNE-AKTIV gemeinsam mit Kommunen entwickelt – für mehr Effizienz, weniger Aufwand und eine moderne Verwaltung. Überzeugen Sie sich selbst über die Vorteile und nutzen Sie die Möglichkeit einer persönlichen Online-Präsentation.“



## Arbeitskreis am Bayerischen Gemeindetag nimmt die Arbeit auf

Seit der Wahlperiode 2002 – 2008 stellt der Bayerische Gemeindetag eigene Geschäftsordnungsmuster auf der Grundlage der ehemaligen amtlichen Muster-Geschäftsordnung des Bayerischen Staatsministeriums zur Verfügung. Diese werden selbstverständlich fortlaufend von der Geschäftsstelle aktualisiert. Gute Tradition ist es aber auch im Jahr vor Beginn einer neuen Wahlperiode diese Muster einem Generalcheck zu unterziehen.

Jetzt ist es wieder so weit, die „TÜV-Plaketten“ auf den Geschäftsordnungsmustern müssen erneuert werden! Und wer, wenn nicht ein bunt gemischter Arbeitskreis aus Personen aus der Praxis, eignet sich besser als Hauptinspektor, um nicht nur rechtskonforme, sondern auch vollzugstaugliche Muster für die Praxis zu garantieren?

Aus diesem Grund fand am 26. Mai 2025 die konstituierende Sitzung des Arbeitskreises „Geschäftsordnungsmuster“ am Bayerischen Gemeindetag statt. Unter Leitung der Kommunalrechtsreferentin des Bayerischen Gemeindetags, Jennifer Hölzlzimmer, versammelten sich sowohl Vertreterinnen und Vertreter der politischen Ebene (Bürgermeisterin, Bürgermeister, Oberbürgermeister) als auch aus den Verwaltungen kleinerer und größerer Gemeinden und Verwaltungsgemeinschaften

(Geschäftsleitung, Rechtsamt, Kämmerei) am Bayerischen Gemeindetag, um notwendige Änderungen der bisherigen Muster aus dem Jahr 2020 ausgiebig zu diskutieren.

Ziel des Arbeitskreises ist es in den nächsten Monaten an die aktuellen rechtlichen und tatsächlichen Rahmenbedingungen angepasste Geschäftsordnungsmuster zu erarbeiten, damit diese dann der Praxis pünktlich zu den Kommunalwahlen 2026 zur Verfügung gestellt werden können. Selbstverständlich werden bei den Aktualisierungsarbeiten die Auswirkungen der Kommunalrechtsnovelle 2023 eine Rolle spielen, aber auch allgemeinere Themen wie das Verhältnis der Zuständigkeiten zwischen Bürgermeister, Gemeinderat und Ausschüsse oder die Digitalisierung der Ratsarbeit werden die Diskussionen im Arbeitskreis bestimmen.

Großer Dank gilt an dieser Stelle den Teilnehmerinnen und Teilnehmern, die sich bereit erklärt haben, an diesem Arbeitskreis mitzuwirken!

Wir freuen uns, Ihnen das Ergebnis in einer der ersten Verbandszeitschriften des Jahres 2026 präsentieren zu dürfen.

**Text** — Jennifer Hölzlzimmer, Verwaltungsdirektorin, Bayerischer Gemeindetag



## Thekla Pfefferle Ein Blick in die Zukunft – Landesverkehrsmodell Bayern

Mobilität entwickelt sich rasant weiter und stellt Länder, Städte und Gemeinden bereits heute vor große Herausforderungen. Um den Bedürfnissen aller Verkehrsteilnehmer im öffentlichen Raum gerecht zu werden, brauchen wir gut durchdachte leistungsfähige Straßen und ÖPNV-Systeme. Verkehrsmodelle unterstützen Planer dabei, die komplexen Wechselwirkungen, die auf den Lebensraum der Menschen einwirken, zu analysieren und zu prognostizieren. Letzteres ist besonders wichtig, um sinnvolle Entscheidungen für die Zukunft treffen zu können, Fehlplanungen zu vermeiden und öffentliche Gelder effizient einzusetzen.

## Bayern als Vorreiter

Der Freistaat Bayern hat mit dem multimodalen Landesverkehrsmodell (LVM-By) ein digitales Abbild des Mobilitätsgeschehens in Bayern geschaffen. Die Bayerische Straßenbauverwaltung verfügt damit über ein leistungsstarkes, einheitliches Planungsinstrument, mit dem das Verkehrsgeschehen auf dem bayerischen Straßennetz bauamtsübergreifend abgebildet werden kann. Seit 2018 wird es als Basis für alle Verkehrsuntersuchungen des Freistaats verwendet und seitdem kontinuierlich fortgeschrieben. Bayern genießt damit eine Vorreiterrolle in Deutschland.

## Was ist das Landesverkehrsmodell Bayern?

Das LVM-By ist ein sogenanntes makroskopisches Verkehrsnachfragemodell, bei dem der Verkehr für Bayern modelliert wird. Die Ergebnisse sind Verkehrsströme, bestehend aus Fahrzeug- oder Personenmengen z. B. auf Straßen, Radwegen oder in Zügen – sog. Belastungen –, die mit einem summierten Zahlenwert wiedergegeben werden. Das Modell wird im Gegensatz zu mikroskopischen Verkehrsmodellen für die Bewertung des Verkehrs in großräumigen Netzen verwendet.

## Bayern in 5.445 Bezirken

Das abgebildete Gebiet des LVM-By umfasst drei Raumkategorien: den Planungsraum (Bundesland Bayern), den erweiterten Planungsraum (angrenzende Regionen in Tschechien, Österreich, Baden-Württemberg, Hessen, Thüringen und Sachsen) und den Außenraum (Quell-, Ziel- und Durchgangsverkehre aus dem restlichen Europa). Bayern selbst wird dabei in 5.445 Verkehrsbezirke unterteilt, in denen Verkehr beginnt und endet. Das abgebildete Straßennetz enthält Autobahnen, Bundes-, Staats-, Kreis- und verkehrswichtige Gemeindestraßen und kann bei Bedarf verfeinert werden. Damit stehen detaillierte Daten zur Nutzung des Modells bis auf Gemeindeebene zur Verfügung.

## Datenbasis und Methodik

Das LVM-By nutzt umfassende amtliche Daten zu Einwohnerzahlen, Arbeitsplätzen, sowie weiteren Attraktionspunkten in den Bezirken. Alle relevanten Mobilitätsentscheidungen und deren Auswirkungen auf das Verkehrsgeschehen sind erfasst. Dabei wurden verhaltenshomogene Gruppen definiert, um das Mobilitätsverhalten möglichst realitätsnah abzubilden. Durch die Berechnung aktueller und zukünftiger Verkehrsströme lassen sich die Effekte geplanter Infrastrukturmaßnahmen zuverlässig prognostizieren.

## Vielseitige Anwendungsmöglichkeiten

Das Modell dient als Grundlage für Verkehrsgutachten und bildet einen wesentlichen Bestandteil der vorbereitenden Grundlagenermittlung bei Infrastrukturprojekten. Es gibt zwei zentrale Modellvarianten, die als Versionsdateien zur Verfügung gestellt werden.

- Analysemodell (2019): Darstellung des aktuellen Verkehrsaufkommens
- Prognosemodell (2037): Berechnung künftiger Verkehrsströme

Durch Anpassung der Modellparameter können darüber hinaus individuelle Analysen für verschiedene Jahre durchgeführt werden. Damit lassen sich die verkehrlichen Auswirkungen unterschiedlicher Planfälle effizient untersuchen und vergleichen.

## Nützlich in der Praxis

Makroskopische Verkehrsmodelle, wie das LVM-By, dienen der Simulation der Auswirkungen von Infrastrukturprojekten, wie dem Bau neuer Straßen, Schienen oder der Erweiterung von Verkehrsnetzen, und ermöglichen die Prognose von Verkehrsströmen sowie die frühzeitige Identifizierung von Engpässen. Dies unterstützt eine effiziente Planung zur Kapazitätserhöhung und die Bewertung verkehrspolitischer Maßnahmen, wie Tempolimits, indem sie die potenziellen Veränderungen im Verkehrsverhalten analysieren. Im Bereich des Individualverkehrs



wird das LVM-By häufig verwendet, um die Verkehrsentwicklung durch Straßenneubauten oder -umbauten zu untersuchen und induzierte Verkehre durch neue Wohn- oder Gewerbegebiete zu simulieren. Zudem liefert es wertvolle Informationen für den öffentlichen Verkehr, indem es die Entlastung stark frequentierter Straßen durch die Verlagerung auf Schienenverkehr quantifiziert.

## Das LVM-By – ein wichtiger Datenlieferant!

Das LVM-By ist ein wesentlicher Datenlieferant für Verkehrsgutachten, auf deren Basis Straßenplanungen erstellt werden, da es tiefgehende Einblicke in Verkehrsströme und -verlagerungen bietet. Durch die Nutzung historischer und aktueller Verkehrsdaten lassen sich mit dem Modell realistische Szenarien berechnen. Es trägt zur Entwicklung nachhaltiger Verkehrskonzepte bei, indem es die Wechselwirkungen zwischen verschiedenen Verkehrsträgern analysiert. Darüber hinaus liefert es wichtige Daten für die Bewertung von Luftschadstoffen, indem es das Verkehrsaufkommen quantifiziert und dessen Auswirkungen auf die Umwelt bewertet. Das errechnete Verkehrsaufkommen kann auch in Lärmemissionsmodelle einfließen. In einer zunehmend komplexen Mobilitätslandschaft sind makroskopische Simulationen somit unverzichtbar für die Gestaltung effizienter und umweltfreundlicher Verkehrslösungen.



## Ansprechpartner und Nutzer

Das LVM-By wird durch die zentrale Stelle für Verkehrsmanagement an der Landesbaudirektion Bayern regelmäßig aktualisiert, fortgeschrieben und gepflegt. Es steht neben der bayerischen Staatsbauverwaltung auch Kommunen, Landkreisen und privaten Akteuren kostenlos zur Verfügung.

Das LVM-By ist ein starkes, vielseitiges Instrument, mit dem der Freistaat Bayern seiner Pflicht zu einer vorausschauenden, umweltgerechten und standortsichernden Verkehrsplanung nachkommt. Es hilft Fehlplanungen und -investitionen zu vermeiden und ermöglicht den Planern einen Blick in die Zukunft.

## Weitere Informationen erwünscht?

- ① Landesbaudirektion Bayern
- 👤 Marius Bayer
- ☎ Tel. +49 911937766369
- @ zvm@lbd.bayern.de



[lbd.bayern.de](https://lbd.bayern.de)

Text — Thekla Pfefferle

# Mehr Biodiversität in Kommunen



Kommunen sind eng in das Landschaftsbild und den Biotopverbund eingebunden.

## Luise Linderl, Christin Werthmüller Biotopverbund – Netzwerk des Lebens

Wie wir Menschen brauchen auch Tiere und Pflanzen Platz zum Leben, eine grüne Infrastruktur – den Biotopverbund. Das sind Landschaften mit verschiedenen Lebensräumen: ineinander übergehende Hecken, Bäche, Moore, extensive Wiesen und Weiden, kräuterreiche Säume entlang von Wegen. Mit Hilfe dieses Netzes können sich Tiere und Pflanzen von einer naturnahen Fläche in andere Regionen ausbreiten. Damit ist der Biotopverbund ein weitläufiges Netzwerk, ausgehend von Kernflächen wie Naturschutzgebieten, Nationalparks oder Natura-2000-Gebieten. Diese sind über Verbindungsflächen wie extensive Wiesen miteinander verbunden.

Bildnachweis: © Antje Voll, LfU



Grünstreifen und Böschungen entlang von Straßen haben ein enormes Potenzial für den Biotopverbund. Häufig ungestört und nicht weiter genutzt können sie mit entsprechender Pflege Verbindungsflächen sein.



Bildnachweis: © Stephanie Millonig, LfU

## Welche Bedeutung hat der Biotopverbund für die Natur?

All diese verschiedenen Bereiche sind wichtig für das Überleben vieler Tiere und Pflanzen. Eine Reihe von Arten benötigen zum Beispiel während ihres Lebenszyklus unterschiedliche Lebensräume: Libellenlarven entwickeln sich im Wasser, während erwachsene Libellen an Land leben und Insekten jagen. Je mehr große und kleine Biotopverbundflächen über die Landschaft verteilt sind und je vielfältiger diese Lebensräume sind, desto besser kann ein derartig strukturreicher Naturraum unterschiedlichsten Arten zur Nahrungssuche, als Schutz sowie als Raum für die Fortpflanzung dienen. Tiere und Pflanzen können sich in vielfältigen Landschaften auch besser an den Klimawandel und lokale Witterungsereignisse anpassen. Viele wertvolle Flächen sind menschengemacht: Seit Jahrhunderten werden beispielsweise Wiesen und Weiden extensiv für die Viehhaltung genutzt. Diese Kulturlächen bleiben in ihrem Charakter nur bestehen, wenn sie weiterhin extensiv bewirtschaftet werden.

## Wie soll die grüne Infrastruktur ausgeweitet werden?

Ziel eines wirkungsvollen und nach Art. 19 Bayerisches Naturschutzgesetz (BayNatSchG) gesetzlich geforderten Biotopverbunds ist es, bis 2030 15 % des bayerischen Offenlands in diesem Netz zusammenzufassen. Dies kann nur erreicht werden, wenn verschiedenste Akteurinnen und Akteure an einem Strang ziehen. Denn es ist längst nicht nur Aufgabe des Naturschutzes das Netzwerk des Lebens zu stabilisieren. Das Bayerische Artenschutzzentrum im Bayerischen Landesamt für Umwelt geht deshalb auf Land- und Wasserwirtschaft, Unternehmen, Kommunen, Kirchen, Stiftungen und Verbände gleichermaßen zu und wirbt für eine Unterstützung zur weiteren Verbesserung des Biotopverbunds. Nur gemeinsam können wir die Artenvielfalt und damit unsere Lebensgrundlage sichern.

## Warum soll sich eine Kommune für mehr Biodiversität einsetzen?

Biodiversität ist die Lebensgrundlage für uns alle. Kommunen besitzen für den Schutz unserer Lebensgrundlage nicht nur ein enormes Potenzial, sie übernehmen auch Verantwortung und sind vielen anderen Akteurinnen und Akteuren ein Vorbild. Denn Kommunen kommt bei der Ausweitung des Biotopverbunds eine besondere Rolle zu: Art. 1 BayNatSchG gibt vor, dass sie ihre Flächen nach den Grundsätzen des Naturschutzes und der Landschaftspflege bewirtschaften. Wenn sie ihre Möglichkeiten nutzen, bieten sich zahlreiche Möglichkeiten und Vorteile für Kommunen. Der Biotopverbund

- wirkt positiv auf die Naherholung und damit auf die Gesundheit und Lebensqualität der Bevölkerung.
- steigert die Attraktivität der Kommune und damit den Naturtourismus in der Region.
- hilft wirtschaftliche Folgen von Wetterextremen wie Hochwasser oder Hitze abzumildern.
- hat positive Effekte auf das lokale Klima.
- fördert die regionale Wertschöpfung und liefert Nahrungsmittel.
- begünstigt die Regionalentwicklung.

## Was können Gemeinden beitragen?

Einige Kommunen in Bayern zeigen, wie Lücken im Biotopverbund geschlossen werden können, beispielsweise in dem sie für sich ein Konzept zur ökologischen Pflege und Bewirtschaftung kommunaler Flächen entwickelt haben und umsetzen. Zudem sind hochwertige Ausgleichs- und Ersatzflächen bedeutende Bausteine für den Biotopverbund in Bayern. Eine wichtige Aufgabe von Kommunen ist deshalb sicherzustellen, dass bestehende Ausgleichs- und Ersatzflächen sowie Ökokonten in einem optimalen naturschutzfachlichen Zustand sind. Bei lokalen Biotopverbund-

konzepten sollte die Lage zukünftiger Ausgleichs- und Ökokontoflächen mitgedacht werden, um einen wirkungsvollen Biotopverbund zu schaffen. Auch kommunale Eh da-Flächen, das sind Flächen, die „sowieso“ vorhanden sind, können einen wertvollen Beitrag für einen funktionierenden Biotopverbund leisten. Dies können weg begleitende Flächen wie Straßenränder und Böschungen sein, aber auch kommunale Grünflächen oder Flächen entlang von Gewässern und Gräben. Diese Flächen haben ein enormes Potenzial für den Biotopverbund. Häufig ungestört und nicht weiter genutzt können sie mit entsprechender Pflege Verbindungsflächen im Biotopverbund sein. Kommunen können so nicht nur „eigene“ lokale Biotopverbundssysteme aufbauen, sondern sind vielmehr auch elementar wichtige Bestandteile eines bayernweiten Biotopverbunds. Nehmen Kommunen ihre Vorbildfunktion aktiv wahr, können sie viele weitere potenzielle Partnerinnen und Partner motivieren, mit ihren Flächen an der Gemeinschaftsinitiative Biotopverbund in Bayern mitzuwirken.

**Das Bayerische Artenschutzzentrum im Landesamt für Umwelt berät gerne über eine mögliche Beteiligung am Biotopverbund.**

## Weitere Informationen erwünscht?

@ artenschutzzentrum@lfu.bayern.de



**lfu.bayern.de/natur/bayaz/biotopverbund/index.htm**

**Text** — Luise Linderl, Christin Werthmüller (Bayerisches Artenschutzzentrum)





„Was ich an meiner Aufgabe besonders schätze ist der enge und direkte Kontakt zu den Kolleginnen und Kollegen in den Rathäusern.“

## Der Bayerische Gemeindetag mit Fragen an Maximilian Sertl

Die Geschäftsstelle des Bayerischen Gemeindetags besteht aus einem schlagkräftigen Team. Mit rund 20 Kolleginnen und Kollegen geben wir jeden Tag das Beste für unsere Mitglieder. In der folgenden Rubrik stellen wir in jedem Heft eine Kollegin oder einen Kollegen aus unserer Mannschaft vor.

**Diesmal unseren Dienstrechtsreferenten für Personal-, Arbeits- und Tarifrecht Herrn Maximilian Sertl.**

### Was ist Ihre Aufgabe beim Bayerischen Gemeindetag?

Ein aktueller Schwerpunkt meiner Tätigkeit ist die Beratung von Bürgermeisterinnen und Bürgermeistern – insbesondere mit Blick auf die Kommunalwahl rückt das Kommunalwahlbeamten-Gesetz verstärkt in den Fokus. Daneben beschäftige ich mich intensiv mit dem öffentlichen Dienstrecht, also mit allen Fragen rund um die Beamten und Tarifbeschäftigten. Hier unterstütze ich unsere Mitglieder sowohl in konkreten Einzelfällen als auch bei strategischen Überlegungen zur Personal- und Organisationsentwicklung. Auch die Verwaltungsorganisation zählt zu den regelmäßig nachgefragten Themenbereichen. Ich berate insbesondere Rathäuser dabei, Abläufe zu optimieren, Ressourcen gezielter einzusetzen und Prozesse insgesamt effizienter zu gestalten

– immer wieder auch mit Blick auf übergeordnete Themen wie Bürokratieabbau und Verwaltungsreform. Ziel ist es, Lösungen zu entwickeln, die in der Praxis wirklich funktionieren. Manchmal sage ich mit einem Augenzwinkern: Ich fühle mich wie die Münchner Ein-Mann-Außenstelle des gemeindlichen Personalamts. Genau dieses Gefühl – ganz nah an der Praxis zu sein – motiviert mich. Besonders freue ich mich, wenn ich mit meiner Beratung dazu beitragen kann, den kommunalen Alltag ein Stück leichter zu machen.

### Seit wann sind Sie an Bord und welcher Weg hat Sie zu uns geführt?

Ich bin seit gut einem Jahr Teil des Teams in der Dreschstraße. Zum Gemeindetag kam ich ganz klassisch über eine Stellenausschreibung – die Kombination aus kommunaler Praxis, Rechtsberatung, Vortragstätigkeit und konzeptioneller Arbeit hat mich sofort angesprochen. Mein Einstieg in den öffentlichen Dienst war eher untypisch: Nach dem Erststudium arbeitete ich bei einer Großstadt in der Mietrechtsberatung – keine alltägliche Aufgabe, aber eine prägende Zeit. Dort habe ich gelernt, komplexe rechtliche Themen so aufzubereiten, dass sie verständlich und im Alltag nutzbar sind – eine Fähigkeit, die mich bis heute begleitet. Anschließend wechselte ich bewusst in eine kleinere Verwaltung, übernahm für mehrere Jahre Verantwortung in einer zentralen Führungsposition und erlebte, wie wertvoll kommunale Selbstverwaltung ist – aber auch, wie herausfordernd es sein kann, wenn Ressourcen knapp sind oder Entscheidungen kontrovers diskutiert werden. In dieser Zeit habe ich viel gelernt – im Austausch mit Kolleginnen und Kollegen, mit Gremien und den Bürgern. Darauf folgte ein Perspektivwechsel: Rund sechs Jahre war ich hauptamtlicher Dozent an Deutschlands größter Verwaltungsschule, mit Schwerpunkten im besonderen Verwaltungsrecht und in der Führungslehre. Den Großteil dieser Zeit war ich zusätzlich als Fachreferent für Kommunalrecht tätig und damit bayernweit zuständig für Lehrpläne, Prüfungen und die Betreuung der Lehrbeauftragten, kommissarisch auch mal für das Baurecht.

„Ich darf beraten, mitdenken, gestalten – das macht große Freude.“

### Wofür würden Sie (privat) gerne mehr Zeit aufwenden?

In erster Linie für meine Familie und Fernreisen. Außerdem würde ich gern (wieder) regelmäßig Sport treiben, nicht nur in Form von Sprints zwischen Schreibtisch und Kaffeemaschine. Und dann wäre da noch mein „Pile of Shame“ – eine stetig wachsende Sammlung ungelesener Bücher und ungespielter Spiele, die irgendwann auch mal ihre wohlverdiente Aufmerksamkeit bekommen sollten.

### Was gibt Ihnen besonders viel Energie?

Familie und Koffein.

### Wann haben Sie zum letzten Mal etwas zum ersten Mal gemacht?

Letztes Jahr habe ich zum ersten Mal Windeln gewechselt. Vatersein bringt ständig ganz neue Herausforderungen mit sich – macht mich aber auch sehr glücklich.

### Was macht der Bayerische Gemeindetag für Sie aus?

Der Bayerische Gemeindetag ist für mich eine verlässliche und starke Stimme der bayerischen Kommunen. Er vertritt ihre Interessen mit großem Engagement und sorgt dafür, dass kommunale Anliegen gehört und ernst genommen werden. Besonders beeindruckt hat mich immer

die kompetente und praxisnahe Beratung durch die Referentinnen und Referenten sowie das klare Bekenntnis zur kommunalen Selbstverwaltung. Zudem fördert der Gemeindetag aktiv den Austausch zwischen den Gemeinden und entwickelt gemeinsam mit ihnen Lösungen für aktuelle Herausforderungen. Das macht ihn zu einem wichtigen und unverzichtbaren Partner.

Fragen — Bayerischer Gemeindetag





### Kreisverband Eichstätt

Der Kreisverband Eichstätt tagt jüngst in der Gemeinde Buxheim anlässlich der Frühjahrstagung. Als kompetente Referentin wurde Dr. Juliane Thimet vom Bayerischen Gemeindetag eingeladen. Diese referierte zu Themen wie Starkregen und Sturzflutmanagement, Wassercert und die Förder Richtlinien der RZ Was. Fast alle Bürgermeisterinnen und Bürgermeister des Landkreises Eichstätt waren gekommen, zudem Landrat Alexander Anetsberger.

Nachdem dies die letzte Teilnahme an einer Kreisverbandstagung der versierten Fachfrau für Wasserecht war, überreichte ihr Kreisverbandsvorsitzender Richard Mittl eine Fossilie, einen 150 Millionen Jahre alten Ammoniten, „der auch aus dem Wasser stammt“. Sein Dank galt namens aller Kommunen in Bayern für die jahrzehntelange kompetente und versierte Information aller Kommunen und Kreisverbände zum Thema Wasser und Abwasser.



Kreisvorsitzender Richard Mittl, Referentin Dr. Juliane Thimet und Landrat Alexander Anetsberger (v.l.n.r.)



### Städtepartnerschaft gesucht

Indaiatuba ist eine Stadt mit etwa 255.000 Einwohnern im Bundesstaat São Paulo, Brasilien, und gehört zur Metropolregion Campinas. Sie liegt 100 km nordwestlich von São Paulo und 15 km vom internationalen Flughafen Viracopos entfernt. Indaiatuba ist ein bedeutendes Industrie-, Forschungs- und Innovationszentrum und bekannt für ihre hohe Lebensqualität, die ihr den 6. Platz in Brasilien einbringt. Die Stadt hat sich von einer landwirtschaftlichen Tradition, insbesondere in der Zucker- und Kaffeeproduktion, zu einem bedeutenden Industrie- und Innovationszentrum entwickelt. In den letzten 8 Jahren haben sich 2.356 Unternehmen angesiedelt, darunter namhafte Firmen wie Lenovo, BASF und General Motors. Die wichtigsten Arbeitgeber sind die Industrie und Dienstleistungen, die jeweils etwa 37 Prozent der Beschäftigten ausmachen. Indaiatuba verzeichnete im Jahr 2024 ein BIP von ca. 3,7 Mrd. EUR sowie 730 Mio. USD an Exporten und 1,4 Mrd. USD an Importen. Die Stadt zeigt großes Interesse an einer Städtepartnerschaft mit einer bayerischen Stadt und möchte den Austausch in den Bereichen Smart Cities, erneuerbare Energien und Innovation fördern.

Bei Interesse an einer Städtepartnerschaft kann man sich direkt an den Bürgermeister Dr. Custódio Tavares Dias Neto wenden [drcustodio.tavares@indaiatuba.sp.gov.br](mailto:drcustodio.tavares@indaiatuba.sp.gov.br)

und an Fernando Fritz von Invest São Paulo [fernando.fritz@investsp.org.br](mailto:fernando.fritz@investsp.org.br)



### Bundesförderung für effiziente Wärmenetze (BEW) wird fortgesetzt

Das Bundesfinanzministerium hat im Rahmen der vorläufigen Haushaltsführung einer überplanmäßigen Verpflichtungsermächtigung von bis zu 305 Millionen Euro für die Bundesförderung für effiziente Wärmenetze (BEW) zugestimmt. Dieser Schritt ist ein wichtiges Signal für Kommunen, die ihre Wärmeversorgung zukunftsfähig gestalten wollen.

Die Entscheidung des Bundesfinanzministeriums sichert die Weiterführung der BEW und gibt Kommunen damit mehr Planungssicherheit für anstehende Wärmenetzprojekte. Die nun bewilligten Finanzmittel sind ein wichtiger Schritt, um die ambitionierten Ziele der Wärmewende erreichen zu können. Die hohe Zahl unbe-

willigter Förderanträge mit einem Volumen von über einer Milliarde Euro verdeutlicht den dringenden Bedarf einer zügigen und unbürokratischen Antragsbearbeitung und -bewilligung. Der Verband Kommunaler Unternehmen (VKU) fordert daher, dass bereits im noch zu beschließenden Bundeshaushalt 2025 ausreichend Mittel bereitgestellt und der Mittelantrag für die kommenden Jahre auf 3,5 Milliarden Euro jährlich aufgestockt wird. Angesichts des bevorstehenden Ausbaus der Fernwärme im Zuge der kommunalen Wärmeplanung ist ein weiterer Anstieg der Antragszahlen zu erwarten, sodass für die Gewährleistung eines reibungslosen Ablaufes voraussichtlich zusätzliches Personal beim Bundesamt für Wirtschaft und Ausfuhrkontrolle notwendig sein wird.

### Anmerkung des DStGB

Aus kommunaler Sicht ist die Fortsetzung der BEW überfällig. Die Gewährleistung der Finanzierung ist ein positives Signal der Bundesebene für die Umsetzung der Wärmewende. Die nun zur Verfügung stehenden Mittel ermöglichen es Kommunen, ihre Planungen für eine klimaschonende Wärmeversorgung fortzusetzen.

### Weitere Informationen:



zfk.de

Quelle: DStGB Aktuell 1725

### Mehr als nur Strom – Auftakt-Kampagne zum Thema interkommunale Gemeindewerke

Mit Gemeindewerken Zukunft gestalten – wie? Das erfahren Sie in der Kampagne „interkommunale Gemeindewerke – gemeinsam eine nachhaltige Zukunft gestalten“.

Ab dem 13. Mai startet die Informationskampagne, die Landkommunen neue Perspektiven für eine nachhaltige Energieversorgung aufzeigt. Unter dem Titel „Interkommunale Gemeindewerke – gemeinsam eine nachhaltige Zukunft gestalten“ werden grundlegende Aspekte der Gründung und des Betriebs von Gemeindewerken beleuchtet.

Die Kampagne läuft bis Ende Juli. Jede Woche dienstags werden neue Beiträge unter dem #interkommunaleGemeindewerke veröffentlicht, die sich mit verschiedenen Facetten der interkommunalen Gemeindewerke befassen. Themen wie mögliche Rechtsformen und die Vorteile eines interkommunalen Gemeindewerks stehen dabei im Mittelpunkt.

Ein weiterer Fokus liegt auf Praxisbeispielen aus Bayern. Die Kampagne stellt Landkreise und Kommunen vor, die bereits erfolgreich ein interkommunales Gemeindewerk gegründet haben und sich nun ersten Projekten widmen. Die Beispiele zeigen auf, wie interkommunale Gemeindewerke zur zukunftsfähigen Gestaltung der Region beitragen können.





### Warum interkommunale Gemeindewerke immer wichtiger werden

Interkommunale Gemeindewerke gewinnen zunehmend an Bedeutung als Instrument zur Förderung der lokalen Energiewende und regionalen Wertschöpfung. Indem sie die lokale Energieversorgung in die eigenen Hände nehmen, können Gemeinden ihre Abhängigkeit von überregionalen Entwicklungen verringern. Das macht sie bspw. weniger anfällig für unerwartete Belastungen oder Schwankungen auf dem Energiemarkt. Zudem eröffnen interkommunale Gemeindewerke neue finanzielle Perspektiven für Kommunen, denn die Einnahmen aus dem Energieverkauf können den kommunalen Haushalt entlasten. Diese zusätzlichen Mittel ermöglichen Investitionen in weitere kommunale Projekte oder den Ausbau erneuerbarer Energien, sodass die lokale Wirtschaft ankurbelt und die Gemeinde zukunftsfähiger wird.

### Weitere Informationen:



**klimahancen.bayern/projekte/59/energiewende-interkommunal-umsetzen**

### Kümmerer vor Ort – Unterstützung für Kommunen und Landkreise beim Mobilfunkausbau

Wenn es um den Mobilfunkausbau geht, stehen viele Kommunen und Landkreise vor ähnlichen Herausforderungen: Es fehlen die Ansprechpartner, es gibt Unsicherheiten in der Bevölkerung oder offene Fragen zur Wahl des Standortes. Um Lösungen zu finden, stehen häufig nicht die Ressourcen oder die technische Expertise zur Verfügung.

Dafür gibt es den Kümmerer vor Ort – das **Beratungsangebot der Mobilfunkinfrastrukturgesellschaft (MIG) für Kommunen und Landkreise**. Wir unterstützen Sie bei allen Fragen und Hürden rund um den Mobilfunkausbau.

### Die Vor-Ort-Beratung – Beratung von Anfang bis Ende

Der Mobilfunkausbau erfolgt in mehreren Schritten – von der Identifikation eines „weißen Flecken“ bis zur Umsetzung eines Standorts. Die MIG steht Ihnen auf diesem Weg zur Seite.

— Identifikation der Mobilfunkversorgung: Wir erstellen Versorgungsanalysen für Ihre Gemeinde und identifizieren so „weiße Flecken“.

— Funknetzplanung: Unsere Funknetzplaner entwickeln je nach Bedarf technische Planungen – z. B. zur notwendigen Höhe von

Mobilfunkmasten oder unterstützen bei der Suche nach Alternativstandorten.

— Genehmigungsverfahren: Bei offenen Fragen oder Bedenken in laufenden Genehmigungsverfahren bringen wir als neutraler Partner unser Wissen ein.

— Standortplanung: Wir ermitteln gemeinsam mit Ihnen geeignete Standorte für einen möglichen Ausbau. Unsere Standortplaner bieten mit Ihrem Fachwissen im persönlichen Kontakt wertvolle Orientierung.

— Information und Dialog: Der Bau eines Mobilfunkstandortes ist ein Vorhaben, das nicht immer bei allen auf Akzeptanz trifft. Bei Bedenken in der Bevölkerung organisieren wir Bürgerdialoge und helfen mit Fachinformationen.

— Vermitteln von Ansprechpartnern: Wo nötig, greifen wir auf unser Netzwerk zurück – z. B. Mobilfunknetzbetreiber, Tower Companys oder die zuständigen Behörden.

### Weitere Informationen:

@ [vorortberatung@netzda-mig.de](mailto:vorortberatung@netzda-mig.de)



**netzda-mig.de/  
kuemmerer-vor-ort**



### Initiative „3. Oktober 2025 – Deutschland singt & klingt“ zur Stärkung von Demokratie & Zusammenhalt“

Der Projektträgerverein „3. Oktober Deutschland singt und klingt e. V.“ will mit einer Initiative dazu einladen, sich am 3. Oktober 2025 anlässlich des 35. Jubiläums der Deutschen Einheit mit Musik und offenem Singen auf öffentlichen Plätzen oder über Live-Stream im Internet oder TV gemeinschaftlich in den Kommunen zu engagieren. Ziel der Initiative ist das Erinnern an die deutsche Geschichte, das gemeinsame Feiern und Zusammenrücken der Bürgerschaft auf öffentlichen Plätzen und damit die Stärkung des gesellschaftlichen Zusammenhalts und der Demokratie. Dabei will die Initiative eine möglichst kostenlose Teilnahme für mindestens 200 bis 300 Orte ermöglichen und bietet Unterstützung für den Rahmen und die Organisation der Veranstaltungen an. An die 250 Orte haben sich in den vergangenen Jahren angemeldet. Über 10.000 Menschen haben aktiv Musik gemacht.

Am 3. Oktober 2025 wird das 35. Jubiläum der Deutschen Einheit bundesweit besonders gefeiert. 35 Jahre ist es her, dass zehntausende Menschen mit Kerzen in

den Händen auch in den ostdeutschen Kommunen friedlich die Grundlage für die Wiedervereinigung schufen – ein Zeichen in die Welt für die Stärke der Demokratie.

Die Initiative lädt dazu ein, dieser Botschaft von Einheit, Freiheit und Hoffnung in diesem Jahr gemeinschaftlich mit unterschiedlichsten Akteuren in den Kommunen mit der Mitsingaktion eine Bühne zu bieten und so gerade angesichts der aktuellen Herausforderungen, Zusammenhalt und Demokratie zu feiern – auch trotz der deutlich steigenden Auflagen der Sicherheitsvorkehrungen. Diese sollten mit den Behörden der jeweiligen Gemeinden in einem richtigen Verhältnis abgestimmt werden und nicht zu einer Verunsicherung beitragen.

Bei der Gestaltung der Mitsingaktion steht die Zusammenarbeit mit örtlichen Chören, Kirchengemeinden oder Vereinen oder anderen Akteuren im Vordergrund, die von der lokalen Verwaltung unterstützt werden oder als Mitveranstalter kooperieren.

Der Verein stellt für Städte- und Gemeinden Informationen und Materialien kostenfrei zur Verfügung. Dabei handelt es sich im Detail um:

— Noten und verschiedene Playbacks für die 10 Lieder aus unterschiedlichen Genres, die im ganzen Land um 19:00 Uhr gemeinsam gesungen werden.

— Die Gema-Anmeldung und -Abrechnung wird übernommen,

sofern gewünscht. Pressematerialien und Medien zur Öffentlichkeitsarbeit.

Die diesjährige Schirmherrin des Projekts ist Anke Rehlinger, die Präsidentin des deutschen Bundesrates, Ministerpräsidentin des Saarlandes. Vor dem Hintergrund wird am 3. Oktober 2025 aus Saarbrücken zur gleichen Zeit die inhaltlich gleiche Veranstaltung im Internet und TV live übertragen.

Der Deutsche Städte- und Gemeindebund ist u. a. neben dem Deutschen Städtetag, dem Deutscher Muskrat, der EKD und der Woche der Meinungsfreiheit des Börsenvereins des Deutschen Buchhandels e.V. Kooperationspartner des Projekts.

### Weitere Informationen:

**Anmeldeformulare und Arbeitsmaterialien sind zu finden unter:**



Mitmachen – 3. Oktober – Deutschland singt und klingt!

Quelle: DStGB Aktuell 1725





## Verkehr

### Verwaltungsvorschrift zur StVO veröffentlicht

Die Zwölfte Allgemeine Verwaltungsvorschrift zur Änderung der Allgemeinen Verwaltungsvorschrift zur Straßenverkehrs-Ordnung wurde am 09.04.2025 im Bundesanzeiger veröffentlicht. Damit erhalten die Kommunen ab sofort die notwendigen Anwendungshinweise zur Nutzung neuer Möglichkeiten, um Maßnahmen im Straßenverkehr umzusetzen. Die Reform des Straßenverkehrsrechts der Ampel-Koalition findet mit der Veröffentlichung der VwV-StVO ihren Abschluss. Mit der VwV-StVO liegen nun die notwendigen Umsetzungshinweise vor, um die durch die StVO-Reform ermöglichten erweiterten Maßnahmen umzusetzen. Hierzu zählen beispielsweise die Einrichtung von Tempo 30 vor bestimmten Einrichtungen und entlang hochfrequenzierter Schulwege, neue Möglichkeiten beim Bewohnerparken, der Bereitstellung von Flächen für den Rad- und Fußverkehr oder der Einrichtung von Fußgängerüberwegen sowie das neue Verkehrsschild für Ladebereiche.

### Anmerkung des DStGB

Die VwV-StVO wurde zuletzt im Bundesrat auch durch Hinweise

der kommunalen Seite angepasst und liefert wichtige Praxishinweise zur Umsetzung der neuen Möglichkeiten, verkehrliche Maßnahmen umzusetzen. In Kürze sollen durch das Mobilitätsforum Bund beim Bundesamt für Logistik und Mobilität gezielte Praxisseminare angeboten werden, um die Neuerungen vorzustellen. Der DStGB wird hierzu berichten.

### Weitere Informationen:

Die Änderungen der VwV-StVO sind veröffentlicht unter **bundesanzeiger.de** unter dem Stichwort „Zwölfte Allgemeine Verwaltungsvorschrift zur Änderung der Allgemeinen Verwaltungsvorschrift zur Straßenverkehrs-Ordnung“.



**mobilitaetsforum.bund.de**

Quelle: DStGB Aktuell 1625

### ANZEIGE

Die Fa. Dipl.-Ing. Hans Auer aus 84478 Waldkraiburg kauft

**gebrauchte Kommalfahrzeuge wie z.B. Lkw (Mercedes und MAN), Unimog, Transporter, Kleingeräte und Winterdienst-Ausrüstung sowie Feuerwehr-Fahrzeuge.**

**Kontakt:** Tel. 08638 85636  
h\_auer@web.de



## Veranstaltungen

### Fachsymposium: Ernährungsstrategie für Bayern lebendig gestalten

**16. Juli 2025  
in München**

Gesund und nachhaltig mit Genuss und regionaler Prägung: Seien Sie dabei und erfahren Sie, wie gute Ernährung überall in Bayern gelebt wird. Es erwarten Sie inspirierende Praxisbeispiele, anregende Diskussionen und neue Impulse für eine zukunftsfähige Ernährung – in der Stadt genauso wie auf dem Land.



### Aktuelle Infos und Anmeldung:



**kern.bayern.de/  
fachsymposium**

### Kommunaler Biodiversitätsschutz – Mit Strategie und praktischer Energie

**7. August 2025  
in Ebern**

Vor Ort kennt man einander und seine heimische Natur. Auf lokaler Ebene kommen Menschen leichter zusammen, vereinbaren gemeinsame Ziele und setzen Maßnahmen engagiert um. Daher sind Gemeinden, Märkte und Städte die ideale Handlungsebene beim Schutz der natürlichen Vielfalt. Wie der Einstieg in den kommunalen Biodiversitätsschutz gelingt und wie das Engagement ausgebaut werden kann, welche Maßnahmen wirkungsvoll sind sowie welche Fehler vermieden werden sollten – dies und mehr vermittelt Ihnen dieser Praxistag.

Die Veranstaltung richtet sich an kommunale Entscheiderinnen und Entscheider, Mitglieder kommunaler Räte, Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter kommunaler Verwaltungen sowie engagierte Bürgerinnen und Bürger. Mitarbeitende der Naturschutzverwaltung, der Landschaftspflegeverbände sowie von Fachbüros für Landschaftsplanung und Ökologie sind ebenfalls herzlich eingeladen, teilzunehmen.

### Tagungsort

Frauengrundhalle Ebern  
Graf-Stauffenberg-Straße 1  
96106 Ebern

### Kostenfrei

Bei nicht zeitgerechter Absage werden der Teilnehmerbeitrag in Höhe von 75 Euro, die Verpflegungskosten in Höhe von 25 Euro sowie die Gebühr in Höhe von 50 Euro in Rechnung gestellt. Siehe Kostenregelung der ANL/ Absagekonditionen: [www.anl.bayern.de/veranstaltungen/kostenregelung/langfassung/index.htm](http://www.anl.bayern.de/veranstaltungen/kostenregelung/langfassung/index.htm)

### Programm und Anmeldung



**eveeno.com/120978163**

### Kontakt

Bayerische Akademie für Naturschutz und Landschaftspflege (ANL)

Tel. 08682 8963-0



**anl.bayern.de**

### 17. Speyerer Tage zum Friedhofs- und Bestattungsrecht

**18. und 19. September 2025  
in Speyer**

Das Bestattungs- und Friedhowswesen befindet sich im Umbruch: Gesellschaftliche Veränderungen wie neue Einstellungen zum Tod,

zunehmende religiöse Vielfalt, Auflösung traditioneller Familienverbände, aber auch die zunehmende Liberalisierung und Privatisierung von Bestattungsleistungen begründen neue Herausforderungen. Dies hat auch Auswirkungen auf das überkommene Friedhofs- und Bestattungsrecht. Ziel der jährlich stattfindenden Speyerer Tage zum Friedhofs- und Bestattungsrecht soll daher sein, für Fragen in diesem Bereich ein Diskussionsforum vornehmlich zu aktuellen rechtlichen Problemen zu bilden.

### Programm

**18. September 2025**

- **Das neue rheinland-pfälzische Bestattungsgesetz**  
Simone Momm, Referentin, Ministerium für Wissenschaft und Gesundheit Rheinland-Pfalz
- **Leistungsstörungen im Grabnutzungsrecht**  
Prof. Dr. Torsten F. Barthel, LL. M., Kommunale Hochschule für Verwaltung in Niedersachsen (HSVN), Hannover, Rechtsanwalt und Fachanwalt für Verwaltungsrecht, Berlin
- **Aktuelle Rechtsprechung zum Friedhofs- und Bestattungsrecht**  
Prof. Dr. Dr. Tade M. Spranger, Rheinische Friedrich-Wilhelms-Universität Bonn und RITTERSHAUS Rechtsanwälte Partnerschaftsgesellschaft mbB, Mannheim
- **Aktuelle Stunde**
- **Trauerarbeit als Fördertatbestand**  
Lana Reb, Vorständin Nicolaidis YoungWings Stiftung München

und Lea Lauer, Wissenschaftliche Mitarbeiterin LMU München

19. September 2025

► **Die elektronische Todesbescheinigung (eTB)**

Dr. Olaf Eckert,  
Statistisches Bundesamt, Bonn

► **Kostendeckung im Friedhofswesen**

Prof. Dr. Erik Gawel,  
Universität Leipzig

► **Bestattungsrecht in Dänemark (NN)**

**Tagungsgebühren**

— 270 Euro

für Träger der Universität Speyer

— 299 Euro

für sonstige Teilnehmende

**Anmeldung:**



[weiterbildung.uni-speyer.de](http://weiterbildung.uni-speyer.de)

**Kontakt:**

👤 **Deutsche Universität  
für Verwaltungswissen-  
schaften Speyer  
Tagungssekretariat**

☎ **Tel. 06232 654  
-226 / -227 / -269**

@ **tagungssekretariat@  
uni-speyer.de**



**Dr. Eugen Ehmann: Obdachlosigkeit in Kommunen**



**Ratgeber mit Mustern, Beispielen  
und Rechtsprechungshinweisen**

Richard Boorberg Verlag,  
2025, 5. überarbeitete und  
aktualisierte Auflage,

234 S.

39 Euro

ISBN 978-3-415-07573-3

Der Ratgeber informiert in knapper, praxisbezogener Form zuverlässig über die wesentlichen Rechtsfragen zur Obdachlosigkeit. Musterbescheide und Handlungsanleitungen bieten dabei ausführliche Hilfestellungen für das konkrete Vorgehen. Der Autor legt besonderen Wert darauf, das komplizierte Zusammenspiel von Sicherheitsrecht, Sozialrecht und Zivilrecht aufzuzeigen.

Die 5. Auflage enthält vertiefte aktuelle Hinweise zu Rechtsfragen, die durch bedeutende Entscheidungen weiterentwickelt wurden, wie:

- Obdachlosigkeit bei Ausländern
- Nicht tolerierbare Verhaltensweisen von schwer psychisch kranken Obdachlosen
- Vorgaben für die Gestaltung von Unterkunftsgebühren

Zahlreiche Beispiele aus der Verwaltungspraxis, konkrete Argumentationshilfen, Musterbescheide (z. B. zur Einweisung in eine Unterkunft, zur Umsetzung innerhalb von Unterkünften und zur Räumung einer Unterkunft) und Ablaufpläne machen den Leitfaden zu einem unverzichtbaren Arbeitsmittel.

**Rat und Hilfe für ...**

- kommunale Ordnungsämter
- Sozialhilfebehörden
- den Polizeivollzugsdienst
- kommunale Aufsichtsbehörden
- Sozialberatungsstellen/  
Wohlfahrtsverbände

ANZEIGE

Die Fa. Dipl.-Ing. Hans Auer  
aus 84478 Waldkraiburg kauft

**gebrauchte Kommunalfahrzeuge wie z.B. Lkw (Mercedes und MAN), Unimog, Transporter, Kleingeräte und Winterdienst-Ausrüstung sowie Feuerwehr-Fahrzeuge.**

**Kontakt:** Tel. 08638 85636  
h\_auer@web.de



11. April – 9. Mai 2025

Die einzelnen Ausgaben von „Brüssel Aktuell“ können im Mitgliederbereich des Internetauftritts des Bayerischen Gemeindetags abgerufen werden.

„Brüssel Aktuell“ ist ein Gemeinschaftsprodukt der Bürogemeinschaft der Europabüros der bayerischen und der baden-württembergischen Kommunen in Brüssel.

**Europabüro der bayerischen Kommunen**  
**Nicolas Lux, Marilena Leupold**  
Rue Guimard 1  
1040 Bruxelles

☎ Tel. +32 2 5490700  
☎ Fax +32 2 5122451

@ info@ebbk.de  
🌐 ebbk.de





Brüssel Aktuell 8/2025  
11. bis 25. April 2025

Wettbewerb, Wirtschaft  
und Finanzen

- MFR: Haushaltsausschuss nimmt Bericht zur zukünftigen Ausrichtung an
- Beihilfen: Kommission veröffentlicht Anzeiger für staatliche Beihilfen 2024
- Nachhaltigkeitsberichterstattung: Rat stimmt für verzögerte Anwendung

Umwelt, Energie und Verkehr

- Abwasser: Drogenrückstände im Abwasser europäischer Städte
- Luftverschmutzung: Luftqualität europaweit ungenügend
- Nachhaltigkeit: Anmeldung zur European Sustainable Energy Week möglich
- Straßenverkehrssicherheit: Kommission meldet leichten Rückgang bei Verkehrstoten
- Umwelt: Veröffentlichung des EU-Klimaberichts 2024
- Wald I: Neuer Waldbrandbericht 2024 veröffentlicht
- Wald II: Kommission plant Vereinfachungen und Konsultation für Entwaldungsgesetz
- Künstliche Intelligenz: Aktionsplan für den KI-Kontinent
- Cybersicherheit: Kommission startet Konsultation für Rechtsakt zur Cybersicherheit

Regionalpolitik, Städte  
und ländliche Entwicklung

- Kohäsionspolitik I: EU-Studie zur Entwicklung von Verwaltungsbehörden
- Kohäsionspolitik II: Kommission bietet Trainingsprogramm an
- Städteagenda: Konsultation zur besseren Einbindung urbaner Belange geöffnet

Fördermöglichkeiten  
und Aufrufe

- Europäische Woche der Regionen und Städte: Anmeldung für Aussteller geöffnet
- CEF-Energie: 600 Millionen Euro für neue Projekte
- Migration II: Förderaufrufe für den Asyl-, Migrations- und Integrationsfonds (AMIF)

In eigener Sache

- Positionspapier: Ein Mehrjähriger Finanzrahmen für eine starke Kohäsionspolitik
- Veranstaltungshinweis: EU-Fördermöglichkeiten für Kommunen im Bereich Digitales und Cybersicherheit

Soziales, Bildung und Kultur

- Migration I: Kommission schlägt schnellere Umsetzung von Grenzasyilverfahren vor
- Antirassismus: Konsultation zur neuen EU-Strategie gestartet
- Gleichstellung: Konsultation zur LGBTIQ-Gleichstellung 2026-2030
- Gesundheit: Kommission bewertet Arbeit der Behörde für Gesundheitskrisenvorsorge

Institutionen, Grundsätzliches  
und weitere EU-Themen

- Schutzschild für Demokratie: Öffentliche Konsultation gestartet
- Kommunalpolitik: AdR und Kommission führen Netzwerke zusammen
- EU-Schweiz: Programmabkommen vom Schweizer Bundesrat gutgeheißen



Brüssel Aktuell 9/2025  
25. April bis 9. Mai 2025

Wettbewerb, Wirtschaft  
und Finanzen

- MFR: Parlament positioniert sich zur Zukunft nach 2027
- Technische Unterstützung: 35 neue Reform-Projekte in Deutschland

Umwelt, Energie, Digitales  
und Mobilität

- Verkehr: Gesetzesvorschlag für sichere Straßen und digitale Fahrzeugdokumente
- Wasser: Parlament verabschiedet Position zur Europäischen Wasserresilienzstrategie
- Wolf: Parlament stimmt

Herabstufung des Schutzstatus  
abschließend zu

- Digitales: Kommission veröffentlicht Jahresbericht zum Gesetz über digitale Märkte

Institutionen, Grundsätzliches  
und weitere EU-Themen

- Visumspolitik: Parlament positioniert sich zur Aussetzung der Visumsfreiheit
- Schengen: Kommission veröffentlicht Statusbericht 2025
- Auszeichnung: Parlament stiftet Europäischen Verdienstorden

Fördermöglichkeiten  
und Aufrufe

- Europäische Stadtinitiative: Transferpartner gesucht
- Veranstaltung: Cities Forum 2025 vom 17.-19. Juni in Krakau
- Europe Direct: Ausschreibung für die Periode 2026 bis 2030 geöffnet

In eigener Sache

- Veranstaltungshinweis: EU-Fördermöglichkeiten Digitales und Cybersicherheit

Bildnachweis: ©Wirestock - elements. envato.com





## Wettbewerb, Wirtschaft und Finanzen

### Nachhaltigkeitsberichterstattung: Rat stimmt für verzögerte Anwendung

Am 14. April 2025 hat der Rat den Vorschlag der Kommission gebilligt, die Anwendung der neuen Vorgaben zur Nachhaltigkeitsberichterstattung sowie zusätzlicher Sorgfaltspflichten aufzuschieben (zuletzt Brüssel Aktuell 7/2025). Somit müssen große Unternehmen mit mehr als 250 Mitarbeitenden die Berichterstattungspflichten erst ab 2028 umsetzen, kleine und mittlere Unternehmen (KMU) erst ab 2029. Darüber hinaus verschiebt sich auch die Umsetzungsfrist der Lieferkettenrichtlinie auf Juli 2027, während die erste Phase der stufenweisen Anwendung jeweils um ein Jahr verschoben wird, sodass betroffene Unternehmen die entsprechenden Regeln erst ab 2028 anwenden müssen. Beide Maßnahmen sind Teil des ersten Omnibus-Vereinfachungspakets, das die EU-Kommission am 26. Februar 2025 vorstellte (Brüssel Aktuell 4/2025). (JM)

## Umwelt, Energie, Digitales und Mobilität

### 1. Wald II: Kommission plant Vereinfachungen und Konsultation für Entwaldungsgesetz

Am 16. April 2025 veröffentlichte die EU-Kommission einen aktualisierten Leitfaden sowie Antworten auf häufig gestellte Fragen (beides engl.) hinsichtlich der Verordnung für entwaldungsfreie Lieferketten (EUDR, 2023/1115/EU), deren Anwendungsbeginn durch Rat und EU-Parlament Ende 2024 zeitlich verschoben wurde – auf Ende 2025 für große und auf Juni 2026 für Klein- und Kleinstunternehmen (Brüssel Aktuell 22/2024). Nach Darstellung der Kommission sollen die aktualisierten Informationen den Mitgliedstaaten, Marktteilnehmern und Händlern Erläuterungen und Handreichungen bieten, wie Produkte als entwaldungsfrei nachgewiesen werden können. Ferner soll der Leitfaden dem Ziel einer harmonisierten Umsetzung des Rechtsakts in der EU dienen. Des Weiteren plant

die Kommission, zur Verordnung einen delegierten Rechtsakt anzunehmen, der den Anwendungsbereich der EUDR präzisieren und damit die Anwendung durch Vermeidung von Verwaltungskosten für Behörden und Wirtschaftsakteure vereinfachen soll. Hierzu hat die Kommission eine öffentliche Konsultation geöffnet, an der sich u. a. kommunale Behörden durch Einreichen von schriftlichen Stellungnahmen bis zum 13. Mai 2025 (Mitternacht) beteiligen können. Über die angegebene Konsultationsseite ist der englischsprachige Entwurf des delegierten Rechtsaktes samt Anhang abrufbar. (NL)



### 2. Wasser: Parlament verabschiedet Position zur Europäischen Wasserresilienzstrategie

Das EU-Parlament hat am 7. Mai 2025 eine Entschließung zur Europäischen Wasserresilienzstrategie angenommen. Diese folgte auf die Annahme des Initiativberichtes des Berichterstatters Thomas Bajada (S&D, MT) im zuständigen Ausschuss für Umweltfragen, öffentliche Gesundheit und Lebensmittelsicherheit (ENVI) vom 9. April 2025 (zuletzt Brüssel Aktuell 7/2025). Das Parlament fordert die EU-Kommission u. a. auf, konkrete Ziele zur Wassereffizienz und -entnahme festzulegen, Abwasserwiederverwendung zu stärken, landwirtschaftliche Effizienz zu steigern und industrielle Prozesse umweltfreundlicher zu gestalten. Zudem sollen PFAS-Grenzwerte im Trinkwasser verschärft werden. Ein spezieller Fonds für wasserbezogene Resilienzmaßnahmen soll im



## Regionalpolitik, Städte und ländliche Entwicklung

### 1. Kohäsionspolitik I: EU-Studie zur Entwicklung von Verwaltungsbehörden

Am 4. April 2025 hat die EU-Kommission eine Studie (engl.) veröffentlicht, die vom Public Policy and Management Institute (PPMI), einem europäischen Zentrum für Forschung und politische Analysen und dem European Policies Research Centre durchgeführt wurde. Der Bericht analysiert die Organisationsmodelle der Verwaltungsbehörden, die zwischen 2000 und 2020 an der Umsetzung der EFRE-Programme beteiligt waren. Im Fokus stehen strukturelle Entwicklungen, Auslöser für organisatorische Veränderungen und deren Auswirkungen auf die Kohäsionspolitik. Die Studie zeigt, dass insbesondere veränderte Mittelverteilungen, zunehmende regulatorische Komplexität und Anpassungen der Fördergebiete maßgeblich die Verwaltungsstrukturen geprägt haben. Daraus resultieren u. a. Zentralisierungsprozesse, Reorganisationen sowie gezielter Kapazitätsaufbau – v. a. im Bereich der Finanzkontrolle. Nationale politische Faktoren und externe Krisen wie die Finanz- und Corona-Krise spielten zusätzlich eine prägende Rolle. Besonders hervorzuheben ist, dass föderal organisierte Mitgliedstaaten wie Deutschland und damit auch Bundesländer wie Baden-Württemberg dezentrale Verwaltungsmodelle mit stark regional verankerten Verwaltungsbehörden etabliert haben. Die Studie ordnet Deutschland einem regionalisierten System zu, in dem die Verantwortung auf Landesebene liege, während der Bund hauptsächlich koordinierende Aufgaben übernehme. Dies ermögliche eine passgenauere Umsetzung regionaler Förderbedarfe und zeige sich als wirksames Modell im europäischen Vergleich. Gleichzeitig werden Herausforderungen betont, etwa im Hinblick auf die Abstimmung mit zentralen Vorgaben und die Sicherstellung einheitlicher Standards. Die Erkenntnisse sollen dazu beitragen, die Herausforderungen der aktuellen Förderperiode 2021–2027 besser zu bewältigen und die Vorbereitung auf künftige Programme zu verbessern. (Pr/PW)



MFR nach 2027 berücksichtigt werden. Im Zuge der Abstimmung im Plenum, wurden weitere Änderungsanträge eingebracht, u. a. im Hinblick auf den Umgang mit der Erweiterten Herstellerverantwortung bei der Richtlinie zur Behandlung von kommunalem Abwasser. Hier hat ein Änderungsantrag eine Mehrheit bekommen, der die Betroffenheit der Pharmaindustrie nochmals untersuchen soll (52.). Aus kommunaler Sicht ist hierbei zu befürchten, dass sich die Forderung der Pharmaindustrie zur Ausnahme aus der Erweiterten Herstellerverantwortung dadurch nach und nach ermöglichen könnte. Deshalb haben sich die Kommunalen Spitzen- und Landesverbände aus Bayern und Baden-Württemberg im Vorfeld der Abstimmung über die Änderungsanträge an die Abgeordneten mit einer Stellungnahme gewandt. Dabei geht aus kommunaler Sicht insb. darum, dass die Finanzierung der Anforderungen der überarbeiteten Richtlinie zur Behandlung von kommunalem Abwasser nur mit einer Erweiterten Herstellerverantwortung möglich ist. Darüber hinaus befindet sich die Richtlinie schon in der nationalen Umsetzung und die Anlagenbetreiber benötigen langfristige Planungs- und Investitionssicherheit, die durch diese Diskussion konterkariert werden. Die Kommission plant nach aktuellem Stand das Paket zur Wasserresilienz am 4. Juni 2025 vorzuschlagen. (PW)



## 2. Kohäsionspolitik II: Kommission bietet Trainingsprogramm an

Die EU-Kommission bietet auf ihrer Website ein umfassendes Trainingsprogramm für Kohäsionsexperten der Mitgliedstaaten zur Verbesserung der Investitionskapazitäten an. Zur Auswahl stehen neun Module, die teils online, teils in Präsenz in Brüssel durchgeführt werden. Die Themen reichen von Programmdurchführung, staatliche Beihilfen, öffentliches Auftragswesen, Betrugs- und Korruptionsprävention bis zum Aufbau von Verwaltungskapazitäten. Die Schulungen werden auf Englisch und Französisch angeboten. Alle Informationen zu den einzelnen Modulen und deren Abläufe finden sich auf der Website (engl.) der Kommission. (Pr/JM)

### In eigener Sache

#### Positionspapier: Ein Mehrjähriger Finanzrahmen für eine starke Kohäsionspolitik

Angesichts globaler Krisen, geopolitischer Unsicherheiten und anstehender Rückzahlungen aus dem Corona-Wiederaufbaufonds steht der nächste Mehrjährige Finanzrahmen (MFR) der EU unter erheblichem Druck.

Vor diesem Hintergrund bringen sich die Kommunalen Spitzen- und Landesverbände aus Bayern und Baden-Württemberg aktiv mit einem Positionspapier in die europäische Diskussion ein. Dabei bekennen sie sich grundsätzlich zu den Zielen der EU-Kommission, die Stärkung der europäischen Sicherheit, Verteidigungsfähigkeit und Wettbewerbsfähigkeit stärker in den Fokus zu rücken. Zugleich betonen sie die Bedeutung einer kohärenten Kohäsionspolitik, die vor Ort und in der Fläche der Union wirkt. Die Kernforderungen sind:

- Erhalt und Stärkung der Mehrebenen-Governance: Für eine wirkungsvolle, bürgernahe Umsetzung.
- Rechtliche Verankerung des Partnerschaftsprinzips: Für Transparenz, Effizienz und Bedarfsorientierung.
- Gezielte Unterstützung starker Regionen: Auch wirtschaftlich starke Räume benötigen Hilfe bei der grünen und digitalen Transformation.

Gerade mit Blick auf den kommenden MFR ist es aus kommunaler Sicht entscheidend, den Kompass richtig zu stellen: mit geteilter Mittelverwaltung, funktionierender Mehrebenen-Governance und einem ortsbezogenen Ansatz. Diese Grundsätze sind Ausdruck von Subsidiarität und europäischem Zusammenhalt – und dürfen nicht durch kurzfristige Schwerpunktsetzungen ausgehöhlt werden. Eine in allen Lebensbereichen resiliente EU kann nur mit starken Kommunen gelingen.

## Pflichtlektüre



## Kommunalkongress: Starke Kommunen möglich machen

### Deutscher Kommunalkongress 2025 mit klaren Forderungen an Bund und Länder

Unter dem Titel „Stadt.Land.Jetzt – Starke Kommunen möglich machen“ kamen in Berlin mehr als 800 Teilnehmende aus Kommunen in ganz Deutschland zum Deutschen Kommunalkongress 2025 zusammen. Höhepunkt der Veranstaltung war die Rede des Bundeskanzlers Friedrich Merz. Während der zwei Kongresstage diskutierten die Mitglieder der kommunalen Familie mit rund 100 Expertinnen und Experten aus Bundespolitik, Wirtschaft und Wissenschaft die drängendsten Herausforderungen der

Städte und Gemeinden. „Der Deutsche Kommunalkongress hat einmal mehr gezeigt: Die Vielfalt und das Potenzial der Städte und Gemeinden sind beeindruckend“, erklärten der Präsident des kommunalen Spitzenverbandes, Dr. Uwe Brandl, und Geschäftsführer Dr. André Berghegger. Gleichzeitig wurde sehr deutlich, dass die Kommunen unter immensem Druck stehen. Unsere Handlungsfähigkeit ist derzeit akut gefährdet, stellten Brandl und Berghegger klar.



Bayerische Bürgermeisterblaskapelle  
auf dem Kommunalkongress in Berlin.

Die beim Deutschen Kommunalkongress diskutierten Themen, von Digitalisierung und Bildung über Pflege, Personal, Mobilität bis hin zu Energiewende und weiteren Infrastrukturfragen, zeigten sehr deutlich, wie vielfältig die Arbeit vor Ort ist. „Derzeit können wir dieses immense Potenzial nicht ausschöpfen, da es an den notwendigen Rahmenbedingungen fehlt“, so Brandl und Berghegger. Den Städten und Gemeinden fehlt Geld und Personal. Unter der Last von zu vielen Aufgaben und zu viel Bürokratie bleiben kaum Gestaltungsmöglichkeiten. „Die Spielräume sind in den letzten Jahren immer kleiner geworden. Kommunale Selbstverwaltung kann derzeit nicht mehr so stattfinden, wie es notwendig wäre“, so Brandl und Berghegger. Die Teilnehmenden aus ganz Deutschland waren darüber einig, dass die kommunale Ebene „Jetzt“ konkrete Maßnahmen von Bund und Ländern braucht, um die Handlungsfähigkeit der Städte und Gemeinden nicht noch weiter zu gefährden.

**„Wichtig ist zunächst einmal, dass wir den Wirtschaftsstandort Deutschland stärken, damit sich die Finanzlage insgesamt verbessert. Das wird auch den Kommunen helfen. Klar ist aber auch, dass wir Einsparungen brauchen. Die Entlastung der Kommunen duldet keinen Aufschub“, so Brandl und Berghegger weiter. „Es geht nicht zuletzt um das Vertrauen der Bürgerinnen und Bürger insgesamt. Wenn die Dinge vor Ort funktionieren, dann steigt auch das Vertrauen in unser Land und unsere Demokratie“.**



Für die desaströse Finanzlage lassen sich vor allem strukturelle Ursachen anführen, die für ein Rekorddefizit der Kommunen im Jahr 2024 von 24,3 Milliarden Euro gesorgt haben. „Die unbequeme Wahrheit lautet, dass immer neue Leistungsversprechen des Staates nicht finanzbar sind. Der Grundsatz „Wer bestellt, bezahlt“ muss uneingeschränkt gelten. Wir erwarten von der neuen Bundesregierung, dass sie ihre Zusagen im Koalitionsvertrag zur Konnexität schnell realisiert“, so Brandl und Berghegger.

Der Investitionsrückstand in den Kommunen steigt weiter deutlich an. Die Modifizierung der Schuldenbremse und das insgesamt 500 Milliarden Euro schwere Investitionspaket müssen schnellstmöglich dort Wirkung entfalten, wo das Geld am drängendsten gebraucht wird: in den Kommunen. „Wir haben die klare Erwartung, dass die Länder für die Weiterleitung der explizit für die Kommunen vorgesehenen 100 Milliarden Sorge tragen“, so Brandl und Berghegger.

Das Sondervermögen allein wird aber nicht ausreichen. „Wir brauchen einen Mix aus zusätzlichen Mitteln, Ausgabenentlastungen und einer Steigerung der Anteile an den Gemeinschaftssteuern. Anders kann aus heutiger Sicht die kommunale Ebene nicht in die Lage versetzt werden, in Schulen, Straßen und Sportstätten vor Ort zu investieren. Genau das muss aber unsere Priorität sein“, so Brandl und Berghegger.

Vom Deutschen Kommunalkongress 2025 ging die klare Botschaft aus: Um starke Kommunen möglich zu machen, muss sich ihr Gestaltungsspielraum zwingend wieder erweitern. „Politik sollte, egal auf welcher Ebene, das Ziel haben, das Leben der Menschen besser zu machen – und zwar unabhängig davon, ob sie in der Stadt oder auf dem Land leben. Gerade in strukturschwachen Regionen sind die Kommunen Stabilitätsanker und Konjunkturmotoren, wenn sie entsprechende Rahmenbedingungen haben. Diese müssen wir JETZT schaffen“, so Brandl und Berghegger abschließend.





PRESSEMITTEILUNG | 04.06.2025

**Mit über 200 Gästen feiert das „Bayerische Bündnis für Toleranz“ 20 Jahre Einsatz für Demokratie und Menschenwürde im Heimatministerium in Nürnberg**

Bad Alexandersbad, München – „Die Demokratie stirbt an der Gleichgültigkeit der Gesellschaft. Daher trägt sie und nicht nur die Politik die Verantwortung für ihr Überleben.“ Diese Mahnung stand am Dienstag, 03.06.25, im Mittelpunkt des Festvortrags, den die Grande Dame des österreichischen Journalismus **Anneliese Rohrer** vor über 200 geladenen Gästen aus Politik, Zivilgesellschaft und Religionsgemeinschaften im Nürnberger Heimatministerium gehalten hat.

Anlässlich seines 20. Geburtstags hatte das „Bayerische Bündnis für Toleranz – Demokratie und Menschenwürde“ zu einem Festakt mit anschließendem Empfang der Bayerischen Staatsregierung geladen. Es wurde ein inhaltsreicher, zum Weiterdenken anregender und musikalisch von der Nürnberger Jazz- und Klezmer-Band „Mame-Loshn“ glänzend umrahmter Abend, souverän moderiert von der früheren BR-Journalistin **Sybille Giel**.

Zur Eröffnung des Festakts hatte **Christian Kopp**, Landesbischof und Bündnissprecher, betont: „Das Bayerische Bündnis für Toleranz ist eine starke, zivilgesellschaftliche Bewegung für Respekt und Menschenwürde für jeden Menschen in Bayern. Dieses starke Bündnis müssten wir in diesen rauen Zeiten dringend gründen, wenn es das Bündnis nicht schon geben würde.“

Innenminister **Joachim Herrmann**, der für die Bayerische Staatsregierung sprach, würdigte das Bayerische Bündnis für Toleranz mit den Worten: „20 Jahre Bayerisches Bündnis für Toleranz, das sind zwei Jahrzehnte gemeinsames Engagement für Menschenwürde, Demokratie und ein friedliches Miteinander. Es ist unsere gemeinsame Verantwortung – von der Staatsregierung, den Religionsgemeinschaften und den großen Verbänden bis zu jedem einzelnen Bürger – aktiv gegen menschenverachtende Ideologien und Extremismus einzutreten. Wir stehen zusammen, um die Würde des Menschen und unsere demokratischen Werte zu verteidigen.“

Und **Charlotte Knobloch**, Präsidentin der Israelitischen Kultusgemeinde München und Oberbayern sowie Gründungsmitglied des Bayerischen Bündnisses für Toleranz, verband ihren Dank für die Arbeit der zurückliegenden 20 Jahre dieses „einzigartigen, großartigen und aktiven Bündnisses“ mit dem dringenden Appell: „Lassen Sie uns noch entschlossener eintreten für Toleranz, Demokratie und Menschenwürde. Aufgeben ist keine Option!“

Dies war auch der Tenor der abschließenden Podiumsdiskussion. Kritisch zurück- und entschlossen vorausblickend diskutierten mit Anneliese Rohrer das Gründungsmitglied des Bayerischen Bündnisses für Toleranz Ministerpräsident a.D. **Günther Beckstein**, die Publizistin **Laura Cazés** von der Zentralwohlfahrtsstelle der Juden in Deutschland und der Leitende Redakteur Politik der Süddeutschen Zeitung **Ronen Steinke** unter dem Motto „**Nicht nach Fehlern, nach Lösungen suchen – Zwanzig Jahre Einsatz für Demokratie und Menschenwürde**“.

Pressekontakt:  
Dr. Philipp Hildmann, Geschäftsführer | c/o Ev. Bildungs- u. Tagungszentrum Bad Alexandersbad e.V. | Markgrafenstr. 34 | 95680 Bad Alexandersbad  
Tel: 09232/9939-39 | E-Mail: hildmann@ebz-alexandersbad.de | www.bayerisches-buendnis-fuer-toleranz.de



PRESSEMITTEILUNG | 04.06.2025

Am Rande des anschließenden Staatsempfangs würdigten auch die Stellvertretenden Sprecher die Arbeit des Bayerischen Bündnisses für Toleranz:

„Angesichts zunehmender demokratiefeindlicher Tendenzen, rechtsextremer Ideologien und wachsender sozialer Spaltung ist es wichtiger denn je, gemeinsam für eine offene, vielfältige und solidarische Gesellschaft einzustehen“, so **Verena Di Pasquale**, Stv. Vorsitzende des DGB Bayern. „Im Bündnis setzen wir uns entschlossen dafür ein, demokratische Werte zu verteidigen und menschenfeindlichen Entwicklungen entschieden entgegenzutreten. Für die Zukunft sehe ich die Stärkung der Zivilgesellschaft als unverzichtbare Grundlage für eine lebendige und widerstandsfähige Demokratie.“

**Matthias Belafi**, Leiter des Katholischen Büros Bayern, unterstrich: „Seit 20 Jahren engagieren sich Kirchen, Gewerkschaften und zahlreiche Verbände im Bayerischen Bündnis für Toleranz. Doch die Notwendigkeit dieses Engagements hat in dieser Zeit eher zugenommen. Denn Toleranz und Menschenwürde sind die Grundlage unserer Demokratie, für die wir uns auch in Zukunft mit ganzer Kraft einsetzen wollen.“

Und **Philipp Hildmann**, Geschäftsführer des Bayerischen Bündnisses für Toleranz, bilanzierte den Abend mit den Worten: „Unsere Aufgabe ist heute dringender denn je. Demokratie und die Wahrung der Menschenwürde stehen aktuell unter Druck, wie nie seit Gründung der Bundesrepublik. Rechtsextremismus, Antisemitismus, Rassismus sind auch in Bayern auf dem Vormarsch. Unser Auftrag, dieser unheiligen Allianz etwas Substantielles entgegenzusetzen, besteht ungebrochen.“

Pressekontakt:  
Dr. Philipp Hildmann, Geschäftsführer | c/o Ev. Bildungs- u. Tagungszentrum Bad Alexandersbad e.V. | Markgrafenstr. 34 | 95680 Bad Alexandersbad  
Tel: 09232/9939-39 | E-Mail: hildmann@ebz-alexandersbad.de | www.bayerisches-buendnis-fuer-toleranz.de



## Warum die Kommunen unsere Hoffnung sind – Hans-Peter Mayer im Podcast

**Inmitten multipler Krisen und gesellschaftlicher Erschöpfung setzt der neue Podcast „Das gute Beispiel“ ein ermutigendes Zeichen:**

Host Michael von Hassel spricht mit Hans-Peter Mayer, geschäftsführendes Präsidialmitglied des Bayerischen Gemeindetags, über die Rolle der Kommunen in Zeiten des Umbruchs.

Es geht um finanzielle Herausforderungen, Wärmeplanung, Ehrenamt und das große Ganze – nämlich darum, wie gelebte Selbstverwaltung unsere Demokratie stärken kann.

Ein Gespräch voller Klarheit, Wertschätzung und hoffnungsvoller Impulse. Wer wissen will, warum der Gemeinsinn die beste Zukunftsstrategie ist, sollte Reinhören.

**Schreiben Sie uns gerne, ob Sie gerne häufiger Podcasts aus unserem Verband hören würden.**



### Spotify



[open.spotify.com/episode/oxowwewNtRaVgAN7rhlnNn?si=8f1afe2ab19b4172](https://open.spotify.com/episode/oxowwewNtRaVgAN7rhlnNn?si=8f1afe2ab19b4172)

### YouTube



[youtube.com/watch?v=1jlb77-fp1s&list=PLn78S87eGWif7H-a3Ex720PBhe7400KL](https://youtube.com/watch?v=1jlb77-fp1s&list=PLn78S87eGWif7H-a3Ex720PBhe7400KL)

## Impressum

### Herausgeber & Verlag

Bayerischer Gemeindetag  
Körperschaft des öffentlichen Rechts  
Geschäftsführendes Präsidialmitglied  
Direktor Hans-Peter Mayer

### Verantwortlich für Redaktion & Konzeption

Bayerischer Gemeindetag  
Matthias Simon; Pressesprecher  
und Leitung der Öffentlichkeitsarbeit  
① Bayerischer Gemeindetag  
② Dreschstraße 8, 80805 München  
③ Tel. 089 360009-14  
④ baygt@bay-gemeindetag.de

### Mitarbeit Redaktion & Anzeigenverwaltung

① Bayerischer Gemeindetag  
② Katrin Zimmermann  
③ Tel. 089 360009-43

### Beratung und Schlussredaktion

① Jörg Steinleitner

### Kreation & Umsetzung

① Benkler & Benkler GmbH, Werbeagentur  
② 84032 Altdorf bei Landshut  
③ benkler.com

### Druck, Herstellung, Versand

① Druckerei Schmerbeck GmbH  
② Gutenbergstraße 12, 84184 Tiefenbach  
PAPIER enviro® polar 150 g/qm + 90 g/qm  
Gedruckt auf zertifiziertem Premium-  
Recyclingpapier aus 100 % Recyclingfasern:  
Nachhaltig, sozial gerecht, ökologisch sinnvoll.

### Bildnachweise

Titelbild: © BayGT  
Bilder ohne Kennzeichnung: alle © BayGT

### Erscheinungsweise

Die Erscheinungsweise ist monatlich.  
Der Bezug ist in der Mitgliedschaft beim  
Bayerischen Gemeindetag enthalten.

### Online abrufbar unter

[bay-gemeindetag.de/verbandszeitschrift](https://bay-gemeindetag.de/verbandszeitschrift)



# Die Zukunft hat längst begonnen. Vernetzung ist alles.

Folgen Sie dem  
Bayerischen Gemeindetag  
auf LinkedIn®

